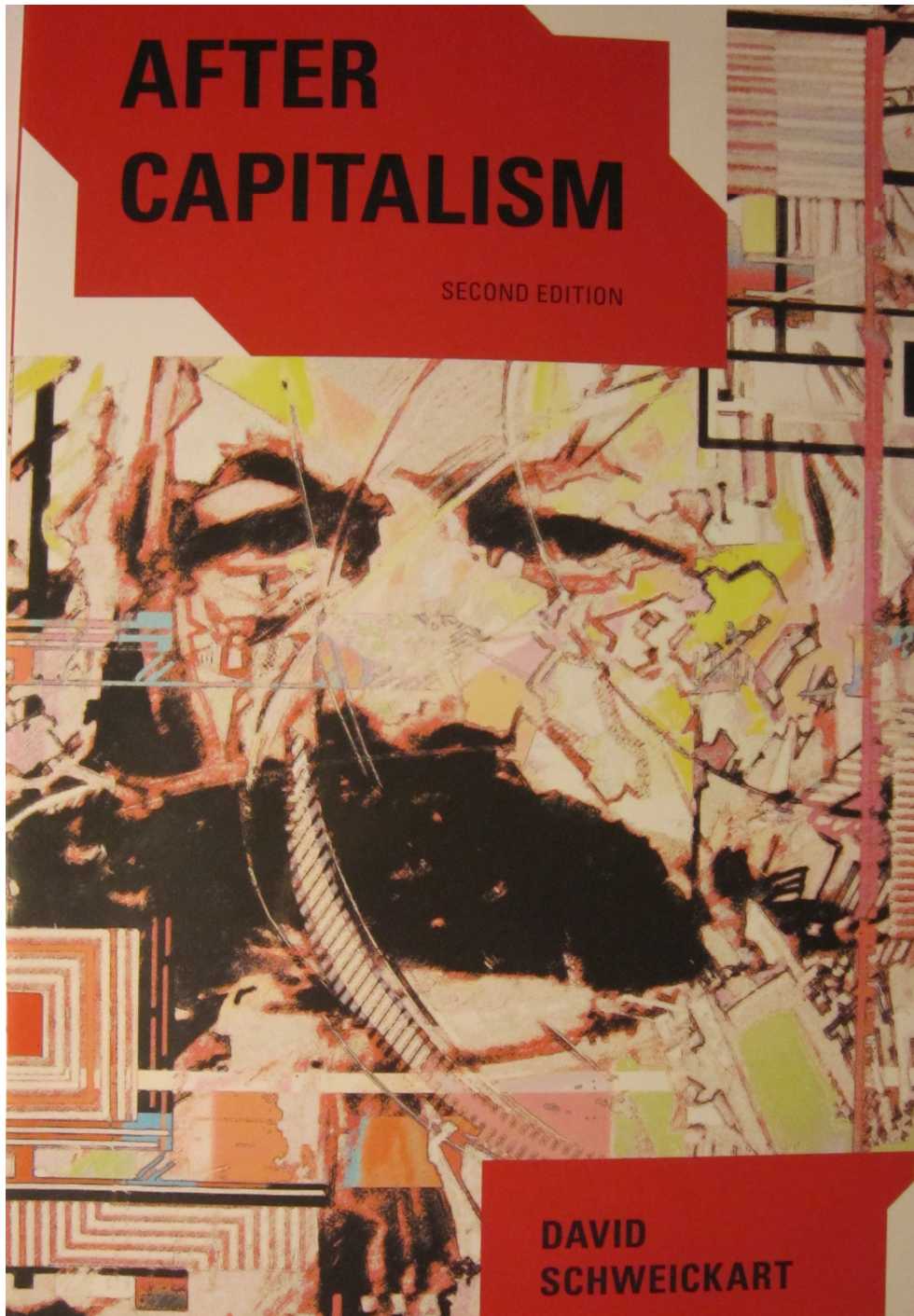


David Schweickart

JENSEITS DES KAPITALISMUS

Zweite Ausgabe

Auszugsweise Übersetzung aus dem Englischen:
Achim Brandt



Version 0.4 vom 13.4.2012

David Schweickart: Jenseits des Kapitalismus, Zweite Ausgabe, 2011
(Originaltitel: After Capitalism, Second Edition, 2011)

In Auszügen übersetzt von:

Achim Brandt c/o Attac München

achim.brandt@attac-m.org

Schwanthalerstr. 80

80336 München

E.i.S.

Inhalt

<i>Vorwort des Übersetzers</i>	5
<i>Vorwort des Autors zur zweiten Ausgabe</i>	5
<i>Vorwort zur ersten Ausgabe</i>	6
1 Das Gegen-Projekt, das Nachfolgesystem, und die Revolution	7
1.1 Das Gegen-Projekt	8
1.2 Theorie eines Nachfolge-Systems	8
1.3 Der historische Materialismus	8
1.4 Anforderungen	8
1.5 Revolution	9
1.6 Die Bedeutung der feministischen Bewegungen	9
1.7 Zur Gliederung dieses Buches	9
2 Womit der Kapitalismus gerechtfertigt wird	10
2.1 Was ist der „Kapitalismus“? Was ist ein „Kapitalist“?	11
2.2 Neoklassischer Unfug: Interpretation des Grenzprodukts als ein geleisteter Beitrag	14
2.3 Der edle Ritter im Kapitalismus: Der Unternehmer	14
2.4 Risiko und Belohnung: Das Rückwärts-Lotto	14
2.5 Der Nutzen (und der Schaden) von Konsumverzicht	14
2.6 TINA	16
3 Economic Democracy (die Wirtschaftsdemokratie von David Schweickart): Was ist das?	16
3.1 Economic Democracy: Das Basismodell	16
3.1.1 Arbeiterselbstverwaltung	18
3.1.2 Der Markt	19
3.1.3 Gesellschaftliche Investitionslenkung	19
3.2 Die Funktionsfähigkeit der Economic Democracy	22
3.3 Ein reales Experiment: Die Kooperative Mondragon	23
3.4 Die Aufgaben des Öffentlichen Dienstes	23
3.5 Economic Democracy: Das erweiterte Modell	23
3.5.1 Der Staat als Auffang-Arbeitgeber	23
3.5.2 Sozialistische Sparkassen und Bausparkassen	23
3.5.3 Kapitalisten als Teil des Sozialismus	23
3.6 Fairer Handel statt Freihandel	23
4 Kapitalismus oder Sozialismus? Systemvergleich hinsichtlich Ungleichheit, Arbeitslosigkeit und Armut	24
4.1 Demokratie am Arbeitsplatz: Einige Verhaltensänderungen infolge der neuen Organisationsformen	24
4.2 Ungleichheit	24

4.3	Arbeitslosigkeit	25
4.3.1	Ein Wort zur Geldentwertung (Inflation)	26
4.4	Leistungsdruck und Überarbeitung	26
4.5	Armut	26
4.5.1	Armut in reichen Ländern	27
4.5.2	Armut in armen Ländern	27
4.5.3	Ein Wort zum Rassismus	27
4.5.4	Anmerkung zum Thema Einwanderung	27
5	<i>Kapitalismus oder Sozialismus? Systemvergleich hinsichtlich Krisenanfälligkeit, Umweltzerstörung, und Demokratie</i>	27
5.1	Krisenanfälligkeit (Instabilität)	27
5.1.1	Anmerkungen zur aktuellen Krise	27
5.2	Umweltzerstörung	27
5.2.1	Überbevölkerung	27
5.2.2	Nahrungsmittelknappheit	27
5.2.3	Umweltverschmutzung / Klimawandel	27
5.3	Demokratie (oder: Das Fehlen von Demokratie)	30
5.3.1	Ein Wort zum Antikommunismus	34
5.3.2	Über die Freiheit	34
5.3.3	Politische Parteien	35
6	<i>Der Übergang: Wie wir von hier nach dort kommen</i>	35
6.1	Economic Democracy als Orientierungshilfe	35
6.1.1	Wie die Welt damals aussah (2001)	35
6.1.2	Wie die Welt heute aussieht (2011)	36
6.1.3	Anmerkung zu China	36
6.2	Eine Reform-Agenda in Richtung Economic Democracy	36
6.2.1	Demokratisierung der Arbeit	37
6.2.2	Demokratisierung des Kapitals	38
6.2.3	Wege zur Vollbeschäftigung	38
6.2.4	Wege zu Fairem Handel	39
6.2.5	Die Demokratie demokratisieren!	39
6.3	Von der Reform zur Revolution	39
6.3.1	Radikal und schnell	40
6.3.2	Radikal, aber langsamer (mit Rücksicht auf Aktionäre)	43
6.3.3	Noch langsamer (und ohne einen finanziellen Zusammenbruch)	45
6.4	Ein neuer Kommunismus?	46
6.5	Eine neue, andere Welt	46
6.5.1	Faszinierende Aussichten	46
6.5.2	Was kann ich tun?	46
7	<i>Anhang (von Achim): Vergleich der Economic Democracy (ED) mit der Gemeinwohlökonomie (GWÖ)</i>	46
7.1	Gemeinsamkeiten und Unterschiede, tabellarisch	46

Vorwort des Übersetzers

Die erste Ausgabe des Buches „After Capitalism“ erschien vor etwa zehn Jahren (David Schweickart, *After Capitalism*, bei Rowman and Littlefield, 2002, ISBN 0-7425-1300-9). Sie enthält eine Kritik des Kapitalismus und dazu einen Vorschlag für ein „Nachfolgesystem“, nämlich die sogenannte „Economic Democracy“. Das Buch wird von manchen Kapitalismuskritikern als Klassiker bezeichnet (z.B. in einem Youtube-Video von Schweickarts Vortrag in Uppsala 2009) und ist in mehrere Sprachen übersetzt worden, aber erstaunlicherweise noch nicht ins Deutsche. Damit zumindest wesentliche Teile des Buches einer deutschen Leserschaft besser zugänglich werden, habe ich begonnen, einige Abschnitte ins Deutsche zu übersetzen. So entstand diese Broschüre.

Inzwischen ist die zweite Ausgabe erschienen (David Schweickart, *After Capitalism, Second Edition*, bei Rowman and Littlefield, 2011, ISBN 978-0-7425-6498-5). Die hier übersetzten Auszüge stammen aus der neuen Ausgabe.

Weiteres Material zu David Schweickart, unter anderem ein Manuskript eines Vortrags, den ich Anfang 2011 bei Attac München im Arbeitskreis „Arbeit Fair Teilen“ hielt, findet sich auf meiner Homepage unter <http://www.kiesweg.de/Economic-Democracy/>.

Die Folien und das Manuskript zu Davids Vortrag am 11.10.11 bei Attac München im EineWeltHaus, sowie einige zugehörige Radio LoRa-Sendungen sind zu finden unter http://www.kiesweg.de/Economic-Democracy/2011-10-11_Munich/.

München, im Februar 2012

Achim Brandt
achim.brandt@attac-m.org

Vorwort des Autors zur zweiten Ausgabe

Wer kann heute noch das Wort ‚Sozialismus‘ guten Gewissens aussprechen? Als ein Mitglied der Nachkriegsgeneration kann ich mich noch daran erinnern, dass die Idee einer Revolution, in der tapfere Menschen die Geschichte voran bringen, einen gewissen Glanz hatte. Heute ist sie nur noch ein schlechter Witz. ... Tatsache ist, dass der Widerstand gegen den Kapitalismus allen Schwung verloren hat.¹

Das sind die Worte von Paul Krugman, Ökonomie-Nobelpreisträger, im Jahre 2009. Aber in Wahrheit ist es doch der Kapitalismus, der ein „schlechter Witz“ ist, nicht wahr? Zumindest der Kapitalismus in der jetzigen Form. Zwei Jahre zuvor hatte die Große Rezession [in den USA, Anm. d. Übs.] begonnen. Die atemberaubenden Ausschweifungen der Finanzelite hatten schließlich das System an den Rand des Zusammenbruchs gebracht. Plötzlich rief dieselbe Elite, die jahrzehntelang erfolgreich propagiert hatte, „uns den Staat vom Leib zu halten“, die Regierung um Hilfe. Und natürlich bekamen sie sie. Plötzlich schwanden alle Bedenken über Ausgabendisziplin, Haushaltsdefizit usw. und hunderte Milliarden Dollar an

Steuergeldern wurden auf die Konten der Banken geleitet. Wie Joseph Stiglitz, ein weiterer Nobelpreisträger, damals anmerkte:

Manche nannten die neue Wirtschaftspolitik einen „Sozialismus mit amerikanischem Aussehen.“ Beim Sozialismus geht es aber um die einfachen Leute. Im Gegensatz dazu haben die USA den Millionen Amerikanern, die ihre Wohnung oder ihre Arbeitsplätze verloren, wenig Hilfe geboten. ... Amerika hat das Sicherheitsnetz für die großen Firmen in nie da gewesener Weise aufgespannt, erst für Geschäftsbanken und Investmentbanken, dann für Versicherungen und nun für Autobauer, wobei kein Ende in Sicht ist.²

„Aber“ fügt er hinzu, „diese neue Form des Pseudo-Kapitalismus („ersatz capitalism“), in welchem Verluste sozialisiert und Profite privatisiert werden, ist zum Scheitern verurteilt.“

Stimmt das? ...

< Hier folgt im englischen Original noch mehr Text.>

David Schweickart, Chicago, im Januar 2011

Vorwort zur ersten Ausgabe

Dieses Buch ist die vierte Dokumentation meiner Gedanken, die ich vor fast dreißig Jahren zu entwickeln begann, in den aufregenden Zeiten der frühen 1970er, als uns alles möglich zu sein schien. Ich war nicht so optimistisch wie viele meiner Kommilitonen in Bezug auf den unmittelbaren Kollaps des Kapitalismus oder auf eine revolutionäre Erhebung hierzulande, „in der Höhle des Löwen“, wie wir es nannten. Und mir war ziemlich klar, dass sogar, wenn der Kapitalismus zusammenbrechen und eine revolutionäre Regierung an die Macht kommen würde, diese Regierung nicht die leiseste Ahnung haben würde, wie die Wirtschaft neu gestaltet werden sollte. „Alle Macht den Menschen“, ja sicher, aber *auf welche Weise* kann ihnen die wirtschaftliche Macht übertragen werden? Welche Einrichtungen brauchen wir, um diejenigen des Kapitalismus zu ersetzen? Das Sowjetsystem war schon lange keine Inspiration mehr, und obgleich sich scheinbar in China unter Mao großartige Dinge abspielten (nicht ganz so großartige, wie wir später erfuhren), hatte das chinesische ökonomische Modell wenig Bedeutung für eine fortgeschrittene Industriegesellschaft wie die unsere.

Daher fasste ich folgenden Entschluss: Herauszufinden, wie man eine fortgeschrittene industrialisierte Wirtschaft so organisieren kann, dass sie ökonomisch funktioniert und gleichzeitig die großartigen moralischen Ziele der demokratischen, sozialistischen Tradition verwirklicht. Meine Doktorarbeit mit dem Titel „Kapitalismus: eine Analyse aus nutzentheoretischer Sicht“ war die erste Ausprägung dieses Entschlusses. Obwohl im Titel keine ökonomische Alternative angesprochen wird, musste eine solche in der Arbeit vorgestellt werden, denn die Nutzentheorie (der Utilitarismus) fordert einen Systemvergleich. Wenn man den Kapitalismus aus utilitaristischer Sicht kritisieren will, muss man beweisen, dass es ein anderes Wirtschaftssystem gibt, das ein höheres Glück für die größere Zahl von Menschen ermöglicht.

< Hier folgen im englischen Original noch mehrere Seiten Text.>

David Schweickart, Chicago, im August 2001

Nachtrag

Dieses Manuskript wurde im August 2001 beim Verlag eingereicht, so dass die Ereignisse des 11. September natürlich nicht im Text vorkamen. Angesichts der Bedeutung der 9/11-Ereignisse wurde dann der Zeitplan geändert, um einen kurzen Nachtrag zum Manuskript zu erlauben.

„Nun ist alles anders.“ Dieser Refrain wurde in der Zeit nach den Attacken ständig wiederholt. Aber stimmt das?

< Hier folgt im englischen Original noch mehr Text.>

David Schweickart, Chicago, im Januar 2002

1 Das Gegen-Projekt, das Nachfolgesystem, und die Revolution

Zusammenfassung: Das Kapitel enthält Folgendes (Anm. d. Übs.):

- Anforderungen, die eine „Nachfolge-Theorie“ erfüllen muss.
- Stellungnahme zu Marx.
- Grundsätzliche Kritik an Zinseinkommen
- Eine Übersicht über die folgenden Kapitel.

Einige wichtige Aussagen:

- Kapitalisten leisten – in dieser Funktion – keinen Beitrag zum Produktionsprozess.
- Die Börse und andere „Anleger-Spiele“ sind unfair.
- Sparvermögen in privater Hand ist nicht nur überflüssig für das Wirtschaftswachstum, sondern oft sogar schädlich – daher sind Zinseinkommen nicht gerechtfertigt.

„Ein Gespenst geht um in Europa – das Gespenst des Kommunismus.“

So schrieben Marx und Engels 1848. Sie hatten recht. Im Laufe der nächsten eininhalb Jahrhunderte hat dieses Gespenst tatsächlich Europa heimgesucht. Und nicht nur Europa. Es wanderte auf dem ganzen Planeten herum. Millionen Menschen – Arbeiter, Bauern, Intellektuelle und allerlei „Klassenverräter“ – fingen an, von einer neuen Wirtschaftsordnung zu träumen und sich in Bewegung zu setzen. Die Welt teilte sich in zwei Lager. Beide Seiten verstiegen sich zu Gräueltaten. Ein riesiges Arsenal an Atomwaffen wurde in Bereitschaft versetzt. Die Menschheit stand vor einem Abgrund, genannt MADness – „mutually assured destruction“ (gegenseitige garantierte Vernichtung).

Inzwischen scheint das Gespenst des Kommunismus bis auf weiteres exorziert worden zu sein. Der Kapitalismus hat den Sieg davongetragen. Nun ist es dieser Geist der Arroganz und des Triumphs, der sich über den Globus ausbreitet. Er erscheint uns in vielerlei Gestalten.

Er tritt auf als „Konsumgesellschaft“ – irgendwie beunruhigend, aber unendlich verführerisch. Ohne Zurückhaltung spülen unsichtbare Wellen die Klänge und Bilder vom Glück des Konsums auch noch in die entlegensten Winkel der Erde. Mächtige Tempel der Verehrung für diesen Geist – Einkaufszentren, gegen die die Kathedralen und Moscheen früherer Zeiten wie Zwerge erscheinen – haben sich von den Metropolen des Kapitalismus in fast alle Länder verbreitet. Kleinere Tempel – von Fast-Food Restaurants zu dot.com Internetangeboten – sind überall aus dem

Boden geschossen. Zwar hat nicht jeder Zugang zu diesen heiligen Stätten, aber nur wenige Menschen sind frei vom Gefühl der Stärke ihrer Verführungskraft. In den armen Ländern werden jene, die zu den Eingängen von McDonalds und Pizza Hut drängen, von bewaffneten Sicherheitskräften gefilzt.

< Hier folgt im englischen Original noch mehr Text.>

1.1 Das Gegen-Projekt

Starke Behauptungen wurden ausgesprochen: Der Kapitalismus sei das Ende der Geschichte; der Kapitalismus sei eine historische Errungenschaft, über die niemand mehr hinausgehen könne. Sind diese Behauptungen richtig?

Dieses Buch will zeigen, dass die letztere Behauptung falsch ist. Wir können sehr wohl den Kapitalismus hinter uns lassen. Was die erste Behauptung betrifft – lassen Sie mich etwas anderes vorschlagen: Die Aufgabe für die Menschheit im 21. Jahrhundert wird es sein, den bösen Geist, der uns gegenwärtig heimsucht, auszutreiben. Wenn die Widersprüche des Kapitalismus so ernst sind wie ich sie sehe, und wenn sie, was zu vermuten ist, an Schärfe zunehmen statt abzunehmen, dann werden wir eine große Gegenbewegung gegen diese höchst seltsame Wirtschaftsordnung erleben. Die Gegenbewegung kann zwar auch scheitern. Denn die Kräfte zur Verteidigung des Systems sind immens (nicht in Anzahl Personen, aber in Reichtum und Einfluss gemessen). Doch der Versuch einer Gegenbewegung wird jedenfalls unternommen werden, denn es wird immer deutlicher, dass die Menschheit nur eine Chance hat, wenn sie den Kapitalismus überwindet.

< Hier folgen im englischen Original viele Seiten Text.>

1.2 Theorie eines Nachfolge-Systems

< Der Text an dieser Stelle im Original wurde noch nicht übersetzt.>

Was das Konzept eines Nachfolge-Systems für den Kapitalismus betrifft, so findet man heutzutage eine auffällige Fehlanzeige bei der „aktiven Linken“ – also bei den Menschen, die sich konkret gegen diverse Formen der Unterdrückung wehren. Fast alle realen, gegenwärtigen Kämpfe finden innerhalb der begrifflichen Welt und den Begrenzungen des Kapitals statt. Es gibt jede Menge Diskussion darüber, wie dieser oder jener Aspekt des Kapitalismus, oder auch der Kapitalismus selber, reformiert werden könnte, aber es gibt wenige Debatten in Richtung *Überwindung* des Kapitalismus – zumindest nicht in den reichen Ländern dieser Erde.

< Der Text an dieser Stelle im Original wurde noch nicht übersetzt.>

1.3 Der historische Materialismus

Die Nachfolgesystem-Theorie kann man als eine Ergänzung zum berühmten Historischen Materialismus von Karl Marx verstehen.

< Der Text an dieser Stelle im Original wurde noch nicht übersetzt.>

1.4 Anforderungen

Aus meiner Sicht muss eine angemessene Nachfolgesystem-Theorie die folgenden wesentlichen Kriterien erfüllen.

- Aus der Theorie sollte sich eine neuartige Wirtschaftsordnung herleiten, die so plausibel ist, dass man sowohl Berufsökonominnen als auch Normalbürger davon überzeugen kann, dass die neue Ordnung einerseits

funktioniert und andererseits auch moralisch besser ist als der Kapitalismus. Obgleich das Modell zunächst noch Theorie sein wird, sollte es doch schon so konkret sein, dass man erkennen kann, wie es praktisch funktioniert, angesichts der fehlbaren Menschen mit unseren Unzulänglichkeiten, die wir nun mal haben.

- Das Modell sollte uns verstehen helfen ...

< Der Text an dieser Stelle im Original wurde noch nicht übersetzt.>

- Die Nachfolgesystem-Theorie sollte uns einen Übergang zeigen, wie wir vom Kapitalismus zu dem Nachfolgesystem gelangen. ...

< Der Text an dieser Stelle im Original wurde noch nicht übersetzt.>

1.5 **Revolution**

< Der Text an dieser Stelle im Original wurde noch nicht übersetzt.>

1.6 **Die Bedeutung der feministischen Bewegungen**

< Der Text an dieser Stelle im Original wurde noch nicht übersetzt.>

1.7 **Zur Gliederung dieses Buches**

< An dieser Stelle wurde einiger Text noch nicht übersetzt.>

Kapitel 2 zeigt, was die Kennzeichen des Kapitalismus sind, und erläutert die wichtigsten Begriffe wie Kapital, Kapitalist, Unternehmer, Investition und Sparvermögen. Es zeigt sich, dass diese Begriffe verbunden sind mit sogenannten „nicht-vergleichenden“ Rechtfertigungen für den Kapitalismus (also Argumente, die nicht auf Alternativen verweisen), die man sich anschauen sollte, weil sie Licht auf die inneren Zusammenhänge des Kapitalismus werfen. Kapitel 2 widerlegt alsdann diese Rechtfertigungen.

Daraus folgt jedoch noch nicht, dass der Kapitalismus ungerechtfertigt ist. Es könnte ja sein, dass der Kapitalismus – egal wie ungerecht er ist – dennoch das Beste ist, was wir armen, begrenzten Menschlein zustande bringen können. Um diese Behauptung zu entkräften, müssen wir eine Alternative darstellen. Dies macht Kapitel 3.

Als erstes erläutere ich die Komponenten des „**Basismodells**“ der **Economic Democracy (ED)**, verbunden mit Belegen für die Behauptung, dass die ED aus ökonomischer Sicht funktionieren kann. Einer dieser Belege ist der bemerkenswerte Erfolg des höchst ungewöhnlichen ökonomischen Experiments in der Stadt Mondragon im Baskenland in Spanien.

Kapitel 3 setzt fort mit einem Verweis auf das „**Erweiterte Modell**“ der ED: ein Modell, welches zwar theoretisch weniger strikt ist als das Basismodell, das aber immer noch denselben Prinzipien folgt. Im Erweiterten Modell können Geldanleger Guthabenzinsen verdienen, und Unternehmerpersönlichkeiten können echte Kapitalisten werden. Diese Zugeständnisse sind – wie wir sehen werden – möglich, ohne dass die gänzlich neuen Leitlinien, auf denen die Wirtschaft als Ganzes beruht, verletzt werden.

Die Institutionen der Economic Democracy (sowohl Basismodell als auch erweitertes Modell) werden zunächst innerhalb eines einzelnen Landes dargestellt.

Jedoch müssen wir angesichts der Globalisierung und der damit einhergehenden zunehmenden Abhängigkeiten zwischen den Nationen auch Prinzipien der Wechselwirkung zwischen den Nationen benennen. Auch dies findet sich in Kapitel 3. Die ED besteht auf „**Fairem Handel**“ im Gegensatz zum Freihandel; daher wird die ED eine Politik des „**Sozialistischen Protektionismus**“ beinhalten.

< An dieser Stelle wurde einiger Text noch nicht übersetzt.>

Kapitel 4 und 5 beinhalten den Kern der Argumentation, nämlich die Gegenüberstellung von Kapitalismus und Economic Democracy. **Kapitel 4 untersucht sechs Grundübel des Kapitalismus:**

- Massive Ungleichheit
- Demoralisierend hohe Arbeitslosigkeit
- Unnötige Arbeitsbelastung
- Entsetzliche Armut, sowohl innerhalb der Länder wie auch weltweit
- Das Fehlen einer echten Demokratie
- Systematische und andauernde Umweltzerstörung

Kapitel 4 zeigt, wie diese Phänomene mit den Merkmalen des Kapitalismus zusammenhängen.

Kapitel 5 untersucht, wie sich die Einführung der Economic Democracy auf die in Kapitel 4 dargestellten Phänomene des Kapitalismus (Ungleichheit, Arbeitslosigkeit usw.) auswirken würde. Es zeigt sich, dass die ED in allen Aspekten besser abschneidet als der Kapitalismus.

<...>

2 Womit der Kapitalismus gerechtfertigt wird

Zusammenfassung: Das Kapitel 2 enthält Folgendes (Anm. d. Übs.):

Hier geht David auf die gängigen Argumente ein, mit denen der Kapitalismus üblicherweise gerechtfertigt wird. Es kommt sogar ein wenig Mathematik vor (aber ohne Formeln): David zeigt, wie die „Grenznutzentheorie“ (Ende des 19. Jahrhunderts) – die als Gegenentwurf zur klassischen Arbeitswertlehre entstand – es fertigbringt, die Beteiligung der Kapitalanleger und der Bodeneigentümer am Produktionsprozess als „Contribution“, also „Beitrag“ oder auch „Leistung“ darzustellen, die es rechtfertigt, dass der/die Kapitalist/in einen Anteil am Ergebnis der Produktion bekommt, obwohl er/sie keinerlei Arbeit in den Produktionsprozess hineingesteckt hat. Ein Bild veranschaulicht ein wichtiges mathematisches Theorem der Grenznutzentheorie – wodurch sie überhaupt erst wissenschaftliche Anerkennung fand.

Ich zitiere die Zusammenfassung des Kapitels 2, wie sie in Kapitel 1 steht: Kapitel 2 zeigt, was die Kennzeichen des Kapitalismus sind, und erläutert die wichtigsten Begriffe wie Kapital, Kapitalist, Unternehmer, Investition und Sparvermögen. Es zeigt sich, dass diese Begriffe verbunden sind mit sogenannten „nicht-vergleichenden“ Rechtfertigungen für den Kapitalismus (also Argumente, die nicht auf Alternativen verweisen), die man sich anschauen sollte, weil sie Licht auf die inneren Zusammenhänge des Kapitalismus werfen. Kapitel 2 widerlegt alsdann diese Rechtfertigungen. Wir gelangen zu folgenden Ergebnissen, die konträr zur

allgemeinen Meinung sind:

- Kapitalisten leisten in ihrer Funktion als Kapitalisten keinen Beitrag zur Produktion.
- Die Aktienbörse und andere „Kapitalanleger-Spiele“ sind unfair.
- Private Ersparnisse sind nicht nur **unnötig** für das wirtschaftliche Wachstum, sondern oft auch schädlich – daher sind Zinseinnahmen nicht gerechtfertigt.

Kapitel 2 endet mit einem Ausblick, was Kapitel 3, die Darstellung der Alternative, nun zu leisten hat.

< Der Text an dieser Stelle im Original wurde noch nicht übersetzt.>

2.1 Was ist der „Kapitalismus“? Was ist ein „Kapitalist“?

In jeder Art von Wirtschaft geht es darum, dass der Mensch mit der Natur um ihn herum in Aktion tritt, um die Güter und Dienste hervorzubringen, die die Menschen haben wollen. Die menschliche Arbeit wendet dabei in der Natur vorhandene Produktionsmittel an, um Produkte zu schaffen. Die Gesetze und Gewohnheiten, nach denen diese drei Einheiten (die menschliche Arbeit, die Produktionsmittel und die Erzeugnisse) in Beziehung treten, bestimmen die Wirtschaftsordnung einer Gesellschaft. Die *kapitalistische* Gesellschaft ist speziell gekennzeichnet durch die folgenden drei Eigenschaften:

- *Die meisten Produktionsmittel sind im Eigentum von Privatleuten, entweder direkt, oder vermittelt von Organisationen, die ihrerseits privaten Individuen gehören.*

Marx und die damaligen Sozialisten gaben diesem Merkmal den Namen „**Privateigentum**“. Das war womöglich eine unglückliche Namensgebung, denn der Ruf nach Abschaffung des Privateigentums, den Marx ertönen ließ, erweckt die Vorstellung von gemeinschaftlicher Nahrung, Kleidung, Behausung und (wer weiß, was diesen Radikalen noch alles einfällt) vielleicht sogar vergesellschaftete Zahnbürsten. In echt geht es um etwas anderes. Solche Gegenstände des persönlichen Bedarfs sind für Marx „**persönliches Eigentum**“, nicht Privateigentum. Deine Zahnbürste, deine Kleidung, dein Auto und dein Heim bleiben auch im Sozialismus dein Eigentum.

- *Die meisten Produkte werden auf einem „Markt“ gegen andere ausgetauscht. Das heißt, Güter und Dienstleistungen werden gekauft und verkauft zu Preisen, die sich durch die Konkurrenz ergeben und die nicht von einer staatlichen Preisbehörde festgelegt werden. Die Firmen stehen in ihrem Bemühen, den Konsumenten Güter und Dienste anzubieten, im Wettbewerb miteinander, wobei jedes Unternehmen bestrebt ist, einen Gewinn zu erzielen.*

Der Ausdruck „freier Markt“ wird häufig als das zentrale Kennzeichen des Kapitalismus verwendet, aber das ist irreführend, da es in den meisten kapitalistischen Gesellschaften einen gewissen Grad an Preisbeeinflussung gibt – wegen verschiedener Konsumsteuern, Subventionen, oder direkten Preisfestsetzungen. Eine kapitalistische Wirtschaft ist notwendigerweise eine Marktwirtschaft, aber sie ist nicht unbedingt frei von staatlicher Regulierung und aus demselben Grund auch nicht ganz frei von Preisfestlegungen durch den privaten Sektor.

- *Die meisten Leute, die in dieser Gesellschaft für Geld arbeiten, tun dies, indem sie für einen Produktionsmitteleigentümer arbeiten. Die meisten Arbeitenden sind „Lohnarbeiter“.*

Ob das jeweilige Einkommen ein Lohn oder ein Gehalt genannt wird, spielt keine Rolle. Um Zugang zu den Produktionsmitteln zu bekommen (ohne die niemand arbeiten kann), müssen die meisten von uns einen Vertrag mit denjenigen abschließen, die die Produktionsmittel besitzen (oder die deren Eigentümer repräsentieren). Im Tausch für den Lohn oder das Gehalt willigen sie ein, den Eigentümern eine gewisse Menge und Qualität von Arbeit abzuliefern. Entscheidendes Merkmal der Lohnarbeit ist, dass die produzierten Güter oder Dienste nicht dem Arbeiter gehören, der sie geschaffen hat, sondern denjenigen, die die Arbeiter mit den Produktionsmitteln versehen haben.

Zu dieser Definition ist Verschiedenes anzumerken. Erstens wird der Kapitalismus als Wirtschaftssystem definiert und nicht als ein politisches System. Ob eine Gesellschaft eine freie Presse hat oder ob sie ihren Bürger zu wählen gestattet, spielt keine Rolle bei der Frage, ob es sich um eine kapitalistische Gesellschaft handelt. Italien unter dem Faschismus, Nazideutschland, Südafrika unter dem Apartheid-Regime der Weißen und die unzähligen Militärdiktaturen des 20. Jahrhunderts waren alles kapitalistische Gesellschaften.

Die Bezeichnung oder die Art der Regierung, die an die Macht kommt, ist gleichfalls irrelevant. Alle westeuropäischen Nachkriegsländer blieben kapitalistisch, auch wenn sozialistische oder sozialdemokratische Parteien gewählt wurden, und auch wenn diese Parteien einige Industrien verstaatlicht oder öffentliche Wohlfahrtsprogramme installiert haben. Solange das meiste Produktivkapital in Privateigentum ist, der Warenaustausch auf Märkten stattfindet und die meiste Arbeit in Lohnarbeit geleistet wird, so lange ist es eine kapitalistische Gesellschaft. (Schweden zum Beispiel ist eindeutig ein kapitalistisches Land. 90 Prozent seiner Industrieproduktion stammt aus Firmen in Privateigentum.)

Alle drei Merkmale sind nötig, damit es sich um eine kapitalistische Gesellschaft handelt. Eine Gemeinschaft von Bauern und Handwerkern zum Beispiel ist keine kapitalistische Gesellschaft, weil es kaum Lohnarbeit gibt. Eine Gesellschaft, in der die meisten Produktionsmittel der Zentralregierung oder den örtlichen Gemeinden gehören, ist ebenfalls keine kapitalistische Gesellschaft. Das heutige China zum Beispiel ist nicht kapitalistisch, da das Privateigentum an Produktionsmitteln – wenn wir auch den Boden zu den Produktionsmitteln zählen (noch?) nicht vorherrschend ist. (Mehr zu China in Kapitel 6.)

Man muss betonen, dass der Einsatz eines Marktes für die Allokation von Gütern und Dienstleistungen noch nicht die Gesellschaft kapitalistisch macht. Fast überall wird heutzutage der Ausdruck „Marktwirtschaft“ gleichbedeutend mit (und oft auch anstelle von) „Kapitalismus“ verwendet. Das ist eine schlimme Verwechslung der Begriffe. Wie wir sehen werden, ist es sehr gut möglich – und sogar wünschenswert – eine Marktwirtschaft zu haben, die sozialistisch ist. Wettbewerb ist keine Gegenthese zu Sozialismus. „Marktsozialismus“ ist kein Widerspruch in sich. Ein funktionierendes Nachfolge-System wird zwar keinen rücksichtslosen Wettbewerb wie im heutigen Kapitalismus mehr haben, aber es wird keinesfalls den Wettbewerb unter den Marktteilnehmern komplett abschaffen.

Wenn man „**Marktwirtschaft**“ als Synonym (oder als Euphemismus) für „**Kapitalismus**“ verwendet, so ist das nicht nur ein logischer Fehler, sondern auch eine ideologische Verdrehung der Tatsachen. Denn der Ausdruck „Marktwirtschaft“ bezeichnet das am wenigsten fragwürdige Merkmal, das den Kapitalismus kennzeichnet, und lenkt dabei die Aufmerksamkeit weg von den wirklich zweifelhaften Einrichtungen, nämlich dem Privateigentum an Produktionsmitteln und der Lohnarbeit. So ist z.B. die „Privatisierung“, die als Rezept für Russland und die osteuropäischen Länder so dringend beschworen wurde, nachdem sie sich vom Kommunismus abgewandt haben, nicht einfach eine „Markt-Reform“. Markt-Reformen waren als voll kompatibler Teil des Sozialismus bereits vorher begonnen worden. Die vom Westen aufgedrängten Reformen dagegen waren (weitgehend erfolgreiche) Versuche, das *Privateigentum an den Produktionsmitteln* herzustellen.

Wenn der Kapitalismus als Wirtschaftssystem durch die drei oben genannten Einrichtungen gekennzeichnet ist, was ist dann ein „Kapitalist“? Seltsamerweise gibt es in unserer kapitalistischen Gesellschaft keine allgemein anerkannte Definition dieses Schlüsselbegriffs. Tatsächlich wird der Ausdruck in den Medien und auch in Gelehrtenzirkeln kaum benutzt. Man hört stattdessen von Industriellen, Geschäftsleuten, Unternehmern und Anteilseignern – aber fast nie von „Kapitalisten“ – vielleicht weil das Wort unangenehme Erinnerungen weckt (Räuberbarone, die nach den Pinkertons (das sind Detektive im 19. Jahrhundert, Anm. d. Übs.) rufen, damit sie Streiks brechen und die protestierenden Arbeiter verprügeln). Kapitalisten mögen nicht so genannt werden, zumindest nicht öffentlich; sie ziehen es vor, im Geheimen zu bleiben oder wenigstens mit einem anderen Namen belegt zu werden.

Wenn wir den Kapitalismus verstehen wollen, brauchen wir eine passende Definition für die Klasse von Personen, die in diesem System die Bestimmer sind. Eine geeignete Definition für den vorliegenden Zweck ist: „Kapitalist“ ist jemand, der so viel produktives Kapital besitzt, dass er jederzeit allein von den Einnahmen aus diesem Kapital komfortabel leben kann. – Ein Kapitalist ist nicht jemand, der einfach an den Kapitalismus glaubt, und man ist auch nicht schon Kapitalist, wenn man zufällig ein paar Aktien oder Wertpapiere besitzt. Um Kapitalist zu sein, muss man genügend eigenes rentables Kapital haben, um jederzeit ohne Arbeit leben zu können. Der Kapitalist kann arbeiten und das tut er in der Regel auch aber er *muss* nicht. (Nach dieser Definition umfasst die Kapitalistenklasse der USA ungefähr 1 Prozent der Bevölkerung, nämlich Eigentümer eines Produktivkapitals von 2 Millionen Dollar und darüber. Bei einer Rendite von 5% würde solch ein Kapital ein Einkommen von 100000 Dollar jährlich bescheren.)

Die Kapitalistenklasse leitet ihren Reichtum ab aus ihrem Eigentum an produktivem Vermögen, genannt „Kapital“. Ein Kapitalist bezieht dieses Einkommen,

weil er mit seinem Kapital zur Produktion „beiträgt“. Aber worin genau besteht dieser „Beitrag“? Und was genau ist „Kapital“? Diese Fragen sind schwieriger zu beantworten als man vielleicht denkt. Indem wir sie sorgfältig beantworten, werden wir eine Reihe fadenscheiniger Ausreden für den Kapitalismus durchschauen lernen.

2.2 Neoklassischer Unfug: Interpretation des Grenzprodukts als ein geleisteter Beitrag

Zusammenfassung von Achim:

David zeigt hier, wie die Neoklassische Ökonomie, die Ende des 19. Jahrhunderts entstand, einen mathematischen Trick anwendet, um die Profite der Kapitalanleger als genauso legitim erscheinen zu lassen wie die Einkommen der Arbeiter.

Man kann zeigen, dass sich die Einnahmen einer Firma, z.B. einer Farm, die mit Arbeitern und dem Grund&Boden arbeitet, zerlegen lassen in zwei Teile:

- 1) Teil 1: Das ist die Einnahmeerhöhung (das „**Grenzprodukt**“) durch den **letzten zusätzlichen Arbeiter**, multipliziert mit der Zahl der Arbeiter. Das ist in Figur 2.1 der graue Bereich oben.
- 2) Teil 2: Das ist die Einnahmeerhöhung (das „**Grenzprodukt**“) durch den **letzten zusätzlichen Quadratmeter Boden**, den man der Farm hinzufügt – multipliziert mit der Anzahl Quadratmeter (oder „Acres“, in USA). Das ist der graue Bereich im Bild unten.
- 3) Es lässt sich mathematisch zeigen, dass die Summe aus der grauen Fläche oben plus der grauen Fläche unten genau das Gesamtprodukt der Farm ergibt, oder ihre Gesamteinnahme. Die Gesamteinnahmen können also zerlegt werden in die beiden grauen Rechtecke.

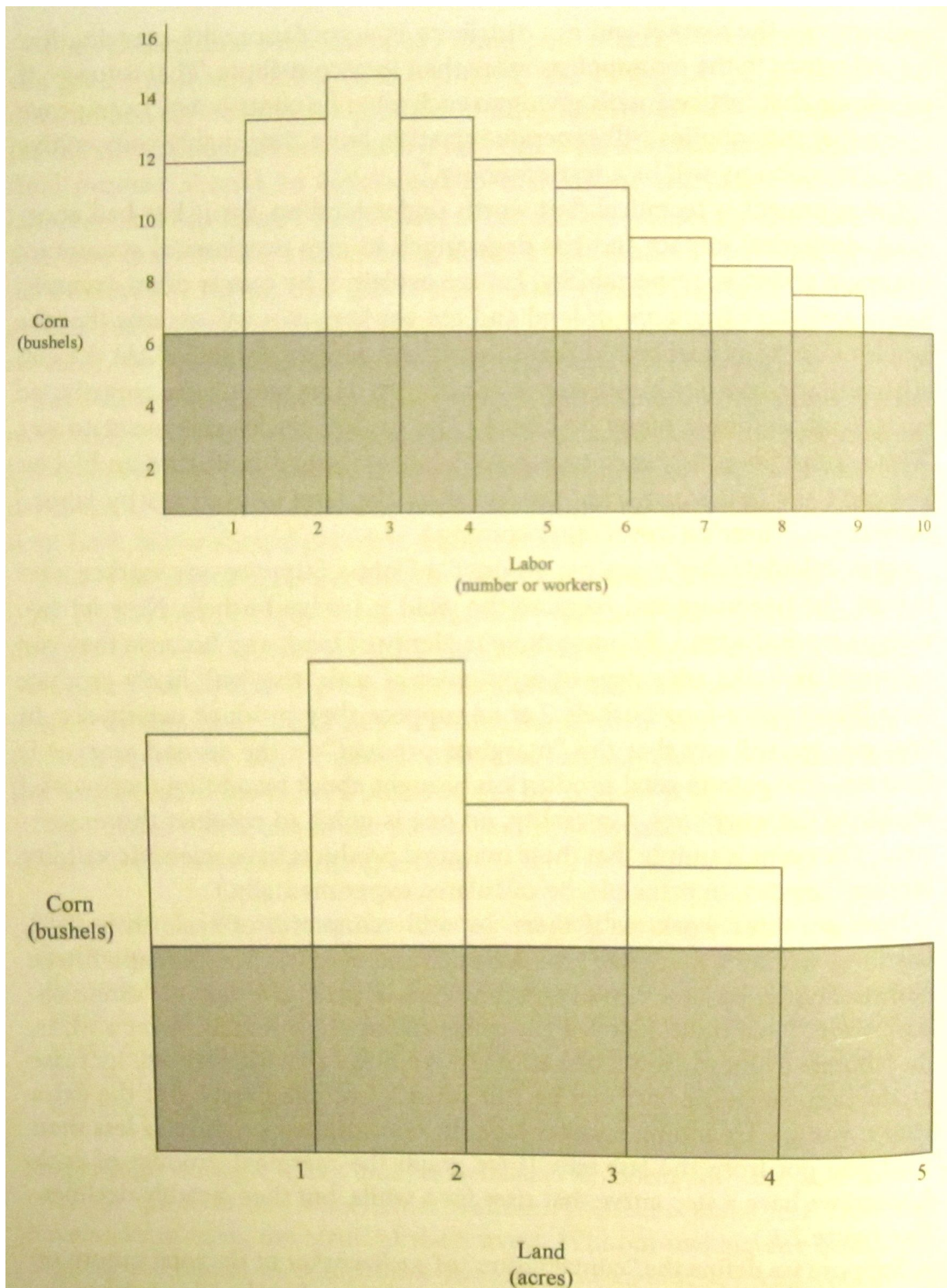
Der Trick ist nun: Man nennt den Teil 1, das obere Rechteck, den „Beitrag der Arbeit“, und den Teil 2, das untere Rechteck, den „Beitrag des Kapitals“ – und schließt daraus, dass den Arbeitern nur der Teil des Endprodukts zusteht, der oben grau schraffiert ist – während der Rest den Kapitalanlegern zufällt, als Lohn für deren angeblichen Beitrag zum Gesamtprodukt.

Dies ist ein typisches Beispiel für den **Missbrauch der Mathematik zum Zwecke der scheinbaren Rechtfertigung des Kapitalismus**.

2.3 Der edle Ritter im Kapitalismus: Der Unternehmer

2.4 Risiko und Belohnung: Das Rückwärts-Lotto

2.5 Der Nutzen (und der Schaden) von Konsumverzicht



Figur 2.1 Grenznutzentheorie des Beitrags von Arbeit und Boden

Mit dem scheinbaren Ergebnis: Die Hälfte des Endprodukts steht nicht den Arbeitenden zu, sondern den Eigentümern des Bodens.

2.6 TINA

Aber es gibt keine Alternative (There Is No Alternative), oder doch? Das ist das Mantra: TINA, TINA, TINA. Natürlich gibt es immer Alternativen, aber die Frage ist: Gibt es eine Alternative, die besser und erstrebenswerter ist (als der Kapitalismus)?

Wir müssen nun das mit Sicherheit stärkste Argument für den Kapitalismus angreifen. Dabei kann der Leser bereits alles im Kopf haben, was wir bis hierher bewiesen haben:

- Kapitalanlage ist keine wirklich produktive Tätigkeit.
- Die meisten Kapitalisten sind keine Unternehmer.
- Diejenigen, die Geld verfügbar haben, um es auf den Finanzmärkten einzusetzen, machen damit Gewinne auf Kosten der arbeitenden Bevölkerung.
- Niemand muss Konsumverzicht leisten als Voraussetzung für Wirtschaftswachstum.
- Geld zu sparen kann sich auf die Wirtschaft (sogar) schädlich auswirken.

Der Leser wird möglicherweise all dies bejahen – und kann dennoch weiterhin daran zweifeln, dass es eine andere Wirtschaft geben kann, die bessere Ergebnisse hervorbringt als diejenigen Einrichtungen, die wir Kapitalismus nennen. Jeder weiß zwar, dass die Geschichte des Kapitalismus voll von Lärm und Raserei („sound and fury“) ist: Rücksichtslose Eroberungen, Sklaverei, systematische Gewalt gegen Arbeiter, mörderische Kriege mit unvorstellbaren Zerstörungen; aber jetzt, wo die westliche Demokratie sich offenbar fest etabliert hat, zumindest in den fortgeschrittenen kapitalistischen Ländern, und jetzt, wo das sowjetische und die osteuropäischen sozialistischen Experimente gescheitert sind, ist das vergleichende Argument zugunsten der Überlegenheit des Kapitalismus wirklich stark. Wenn wir Effizienz und Wachstum, Freiheit und Demokratie wollen – sollten wir dann nicht am Kapitalismus festhalten? Würde nicht jeder Versuch, unsere ökonomischen Einrichtungen von Grund auf zu ändern anstatt nur ihre Ecken und Kanten zu korrigieren, das Huhn schlachten, das uns all diese goldenen Eier legt? Das sind schwierige Fragen, die wir nun anpacken müssen.

3 Economic Democracy (die Wirtschaftsdemokratie von David Schweickart): Was ist das?

3.1 Economic Democracy: Das Basismodell

Das Modell ... <Text weggelassen> ... beruht auf ... Kenntnisnahme verschiedener historischer „Experimente“ des 20. Jahrhunderts, besonders das der Sowjetunion, Nachkriegs-Japan, Titos Jugoslawien, China nach Mao, und (viel kleiner, aber extrem wichtig) die höchst ungewöhnliche **Genossenschafts-kooperative (Mondragon) im Baskenland**.

Das Modell ist außerdem das Ergebnis der Analyse zweier Missstände im Kapitalismus ... die beide als „Demokratiedefizit“ bezeichnet werden können – also das Fehlen von demokratischer Kontrolle über die Lebensumstände, die uns vital betreffen.

Das erste Thema ist **Demokratie am Arbeitsplatz**. Es ist ein schreiender Widerspruch der modernen kapitalistischen Gesellschaft, dass die Bevölkerung für kompetent genug gehalten wird, ihre politischen Führer zu wählen – aber nicht ihre Vorgesetzten in der Arbeit. ... Dabei zeigen Untersuchungen, dass Demokratie am Arbeitsplatz funktioniert – in der Regel funktioniert sie sogar besser als die Herrschaft der Eigentümer, also die kapitalistische Form der Arbeitsorganisation.

Das zweite besorgniserregende Thema ist die heutige „**Hypermobilität**“ **des Kapitals**. Der Großteil des Kapitals im Kapitalismus gehört Privatpersonen. Da es ihr Eigentum ist, können sie damit machen, was sie wollen. Sie können es investieren wo und in was sie wollen, oder es gänzlich bleiben lassen, wenn ihnen die Profitaussichten zu gering sind. Diese Freiheit jedoch, verknüpft mit den heutigen technischen Übertragungsmöglichkeiten, gibt dem Kapital ein Ausmaß von Beweglichkeit, das heute weltweit ökonomische und politische Unsicherheit hervorruft. Die Finanzmärkte haben die Herrschaft inne, egal wie „demokratisch“ die politischen Systeme zu sein behaupten, und diese Herrschaft ist oft unberechenbar, oft zerstörerisch.

Werfen wir einen Blick auf die sozialistische Alternative zum Kapitalismus ... Die ED teilt mit dem Sozialismus die gemeinsame Überzeugung, dass das **Privateigentum an Produktionsmitteln eingeschränkt** werden muss, wenn die Menschheit vorwärtskommen will.

< Der Text an dieser Stelle im Original wurde noch nicht übersetzt.>

Economic Democracy kann wie der Kapitalismus **durch drei Merkmale definiert** werden, wovon die ED das zweite Merkmal mit dem Kapitalismus gemeinsam hat:

1. **Arbeiterselbstverwaltung**: Jedes Wirtschaftsunternehmen wird von seinen Mitarbeitern demokratisch gesteuert.
2. **Der Markt**: Die Unternehmen interagieren miteinander und mit den Verbrauchern in einem Umfeld, das weitgehend frei ist von staatlichen Preiskontrollen. Rohmaterial, Maschinen und Konsumgüter werden alle gekauft und verkauft zu Preisen, die sich weitgehend durch Angebot und Nachfrage ergeben.
3. **Investitionskontrolle durch die Gesellschaft**: Finanzmittel für Neu-Investitionen werden durch eine „**Kapitalsteuer**“ aufgebracht und durch ein Netz **öffentlicher Investment-Banken** in die Wirtschaft zurückgeschleust.

< Der Text an dieser Stelle im Original wurde noch nicht übersetzt.>

Erinnern wir uns (zum Vergleich), dass der **Kapitalismus** gekennzeichnet ist durch:

1. Privateigentum an Produktionsmitteln
2. Den Markt, und
3. Lohnarbeit

Das sowjetische Wirtschaftsmodell schaffte das Privateigentum an Produktionsmitteln ab (durch Kollektivierung aller Ländereien und Fabrikanlagen) und ebenso den Markt (durch Einsetzen der zentralen Planung), behielt jedoch die

Lohnarbeit bei (!). Die ED schafft das private Produktionsmitteleigentum ab sowie die Lohnarbeit, jedoch unter Beibehaltung des Marktes.

Zusammenfassung des Übs. (Achim):

Mir scheint, hier ist eine hübsche Tabelle angebracht, die die ED zwischen Kapitalismus und Sowjet-Sozialismus (Realsozialismus des Ostblocks) einordnet:

	Kapitalismus	Economic Democracy	Realsozialismus
Privateigentum an Produktionsmitteln	ja	überwunden	überwunden
Markt für Waren und Dienstleistungen	ja	beibehalten	abgeschafft
Lohnarbeit	ja	überwunden	beibehalten

3.1.1 Arbeiterselbstverwaltung

<Text weggelassen.>

Die meisten Unternehmen werden einen gewählten Betriebsrat haben („workers‘ council“), der einen Geschäftsführer oder Vorstand und gegebenenfalls weitere leitende Manager ernennen wird. Das Management wird nicht vom Staat ernannt oder von der ganzen Gemeinschaft (oder Gemeinde?) als Ganzes, und es wird auch nicht, wie in einer kapitalistischen Firma, von einem Aufsichtsrat bestellt, der von Aktionären gewählt wurde. (Es gibt nämlich in der ED keine Aktionäre mehr.)

<Text weggelassen.>

Obwohl die Arbeiter über ihren Betrieb („workplace“) bestimmen, sind sie nicht die „Eigentümer“ der Produktionsmittel. Die Produktionsmittel gelten als Gemein-Eigentum der ganzen Gesellschaft. Die Arbeiter und Angestellten haben das Recht,

- das Unternehmen zu leiten,
- das Firmenkapital nach ihren Vorstellungen zu verwenden und
- den gesamten Nettogewinn, der aus der Produktion entspringt, unter sich aufzuteilen.

Das gesellschaftliche Eigentum am Firmenkapital manifestiert sich auf folgende zwei Arten (in folgenden zwei Verpflichtungen gegenüber dem öffentlichen Bankwesen):

- Alle Firmen müssen eine Steuer auf ihr Firmenkapital zahlen; die Steuer fließt in das Investitionskapital der Gesamtgesellschaft ein. (Mehr dazu weiter unten.)
- Die Firmen sind verpflichtet, den Wert des Kapitalstocks zu erhalten, der ihnen anvertraut ist. Das heißt, sie müssen einen Abschreibungs-Fonds aufbauen als Ausgleich für die Abschreibung (Entwertung) des Sachkapitals. Rücklagen für Instandhaltung und Ersatz müssen gebildet werden. Diese Rücklagen dürfen für alle Formen von Ersatzinvestitionen oder Verbesserungen im Sinne der Firma

verwendet, aber nicht zur Aufstockung der Gehälter missbraucht werden.

3.1.2 Der Markt

Die **Economic Democracy ist eine Marktwirtschaft**, zumindest was die Allokation von Konsumgütern und Investitionsgütern („capital goods“) betrifft. <...>

Da die Firmen in der ED auf dem Markt einkaufen und verkaufen, streben sie danach, einen Gewinn zu erzielen. („Gewinn“ ist kein Schimpfwort in dieser Form des Sozialismus.) Allerdings ist „Gewinn“ in einer von den Mitarbeitern geführten Firma nicht dasselbe wie der kapitalistische Gewinn; er wird anders berechnet. Marktwirtschaftliche Firmen, egal ob kapitalistisch oder in Arbeiterselbstverwaltung, streben danach, die Differenz zwischen dem Gesamt-Verkaufserlös und den Gesamtkosten zu maximieren. **Jedoch gilt in einer kapitalistischen Firma die Arbeit als ein Kostenfaktor, in einem Mitarbeiterunternehmen dagegen nicht.** In der ED ist die Arbeit nicht einer der „Faktorleistungen“ wie der Boden und das Kapital. Stattdessen ist die Arbeit der letzte Anspruchsberechtigte. Die Mitarbeiter der Firma bekommen alles, was an Einnahmen übrig bleibt, nachdem alle anderen Kosten, einschließlich der Abschreibungen und der Kapitalsteuer, beglichen wurden. (Wie wir sehen werden, hat dieser zunächst gering erscheinende strukturelle Unterschied weitreichende Konsequenzen.) <...>

„**Marktsozialismus**“ ist ein kontroverses Thema unter Sozialisten. Ich und viele andere haben schon immer gesagt, dass eine **zentrale Planwirtschaft**, die üblicherweise als die sozialistische Alternative zur Marktwirtschaft angepriesen wird, vom Ansatz her **fehlerhaft** ist, und dass Vorschläge für eine **dezentrale Planung** ohne Marktmechanismen **nicht funktionieren**. <...>

3.1.3 Gesellschaftliche Investitionslenkung

Zusammenfassung d. Übs.:

Wie erfolgen Investitionen in der ED? Wo kommen die Gelder für Kredite her? – David Schweickart schlägt hier einen sogenannten „**Nationalen Investitionsfonds**“ vor,

- der durch eine Steuer auf Firmenkapital (eine Kapitalsteuer oder „capital asset tax“) finanziert wird (so dass er nicht auf private Spareinlagen oder Kapitalanleger angewiesen ist)
- der demokratisch kontrolliert ist, und
- der seine Gelder an die Regionen, Landkreise und Gemeinden verteilt, wo sie wiederum von regionalen, demokratisch kontrollierten Banken an die Unternehmen der Region weiterverteilt werden.

Der Fluss der Einnahmen und Ausgaben des Nationalen Investitionsfonds ist in zwei Bildern auf Seite 56 und 57 des Buches „After Capitalism“ dargestellt (siehe unten).

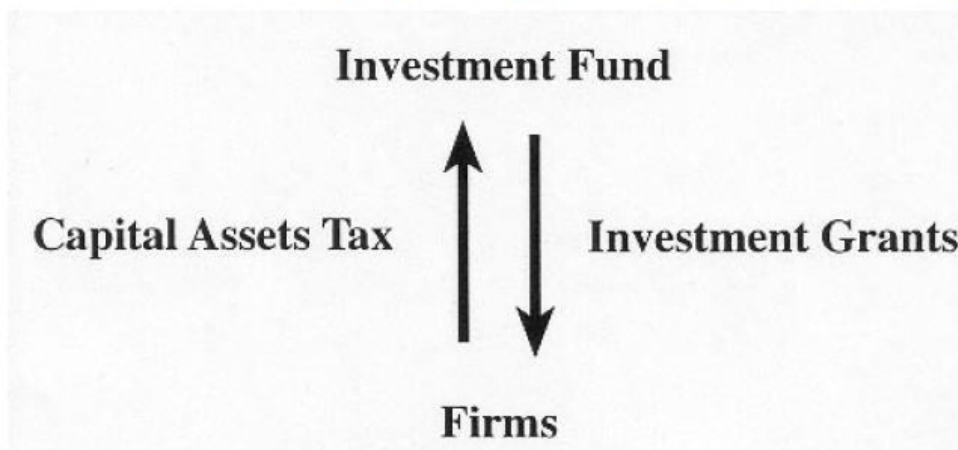
Dies (*die Vergabe der Gelder für Investitionen, Anmerkung von Achim*) ist das technisch komplexeste Element der Economic Democracy. Dabei ist es immer noch einfach im Vergleich zu den Institutionen, die im Kapitalismus für Investitions-Mechanismen eingesetzt werden (nämlich diese mysteriösen, allmächtigen „Finanzmärkte“) ...

... In der ED wird Geld für Investitionen in einer direkteren und transparenteren Weise aufgetrieben. Wir **besteuern** einfach **das Firmenkapital** der Unternehmen – also Boden, Gebäude (Immobilien) und Ausrüstung. **Diese Steuer – eine Flat Rate** – kann als Leasinggebühr betrachtet werden, die die Mitarbeiter eines Unternehmens für die Verwendung des gesellschaftlichen Eigentums, das allen gehört, zu zahlen haben.

<...>

Kapitalsteuer und Nationaler Investitionsfond

Flows to and From the Investment Fund



- Kapitalsteuer (wie Zins) zu zahlen an die Öffentlichen Banken. Fließt zurück als „Investitionsbeitrag“ an die Firmen.
(Original-Diagramm von D. Schweickart)

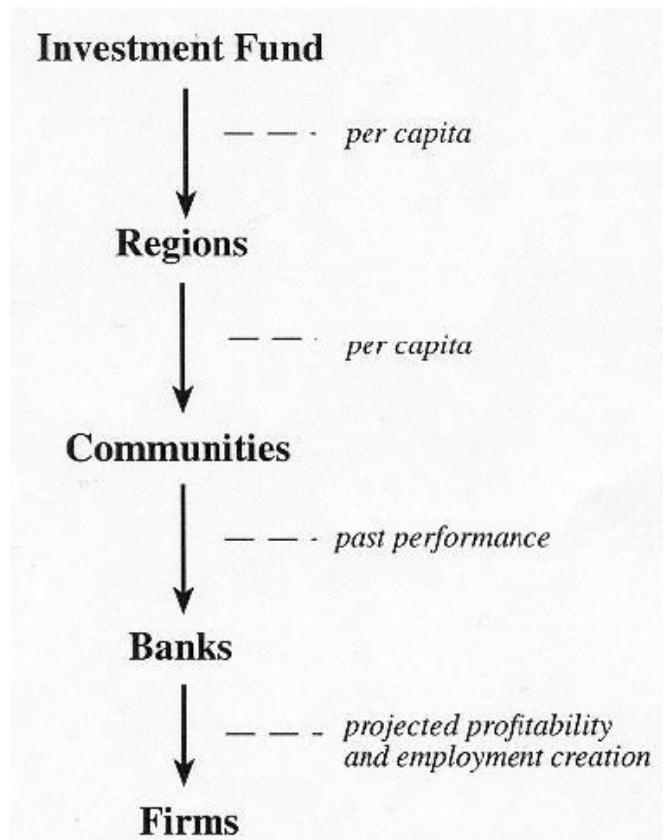
Figur 3.1 Einnahmen und Ausgaben des demokratischen Investitions-Fonds

... Jede Region des Landes und jede Gemeinde hat ein Anrecht auf einen gerechten Anteil am nationalen Investitions-Fonds. „Gerechter Anteil“ heißt in erster Linie, „pro-Kopf-Anteil“, das heißt, wenn ein Region A einen Bevölkerungsanteil von X Prozent hat, dann bekommt sie X Prozent des Geldes, das für Neuinvestitionen zur Verfügung steht. ...

... Der Anspruch einer **Region oder Gemeinde auf einen „Pro-Kopf“-Anteil** am Investitionsfonds ... kann aber auch modifiziert werden aus moralischen oder politischen Gründen. Die Notwendigkeit, eine veraltete Industrie in einer bestimmten Region zu modernisieren, kann für eine begrenzte Zeit einen höheren Anteil am nationalen Investitionsfonds erforderlich machen. (Achim ergänzt: Ein Beispiel ist der „Aufbau Ost“ nach der Wiedervereinigung in Deutschland.) Es kann wünschenswert sein, dass eine unterentwickelte Region, ein bestimmter Landkreis oder eine Gemeinde einige Jahre lang ein erhöhtes Investitionsvolumen zugeteilt bekommt, damit die betreffende Region ihren Rückstand aufholt. Dies wird öffentlich, durch den demokratisch gewählten nationalen oder regionalen Gesetzgeber,

entschieden, wobei allen klar sein muss, dass, wenn eine Region mehr bekommt, die anderen entsprechend weniger bekommen.

Investment Allocation Criteria



Der Investmentfond wird an die Regionen „pro Kopf“ verteilt; Gemeinden und Regionalbanken geben es den Firmen, die erfolgreich Arbeitsplätze schaffen.

(Original-Diagramm von D. Schweickart)

Figur 3.2 Die Kriterien, nach denen die Investitionsgelder verteilt werden

<...>

Figur 3.3 Entscheidungen des Investitions-Fonds

Zusammenfassung Achim:

Um es zusammenzufassen:

- Eine Steuer auf das Kapital („capital assets“, also Sachkapital und Forderungen) aller produzierenden Firmen wird von der Zentralregierung erhoben; diese Gelder werden in die Wirtschaft zurückgeleitet als Hilfe für diejenigen Firmen, die Geld für ihre Neuinvestitionen brauchen.
- Diese Gelder werden im Lande verteilt, zunächst an die Regionen und Landkreise pro Kopf der Bevölkerung, von dort an öffentliche Banken unter Berücksichtigung der bisherigen Leistungen dieser Banken (!), und von diesen an diejenigen Firmen, welche gewinnbringende Projekte versprechen.
- Unter den profitablen Projekten werden diejenigen bevorzugt, welche mehr Arbeitsplätze schaffen.

- Auf jeder Ebene – national, regional und vor Ort – entscheidet die Politik („legislatures“), ob ein gewisser Anteil der Gelder, die vom Nationalen Investmentfonds eintreffen, für öffentliche Investitionsvorhaben verwendet werden soll; sie verbleibenden Gelder werden ohne Auflagen an die nächste Ebene weitergereicht.
- Die meisten Banken werden Unterabteilungen haben, die sich mit Unternehmensberatung befassen und Vorschläge zur Erweiterung oder Neugründung von Firmen erarbeiten. (Anmerkung Achim: Hier sieht man das Vorbild „Mondragón“, wo die Caja Laboral ebenfalls eng mit der Forschung zusammenarbeitet, um Ideen für neue Unternehmungen zu erarbeiten.)

3.2 Die Funktionsfähigkeit der Economic Democracy

Hier geht David auf Fragen ein wie:

- Kann Demokratie am Arbeitsplatz funktionieren? Sind die Menschen denn klug genug, ihre Vorgesetzten zu wählen? Sind mitarbeitergeführte Firmen wettbewerbsfähig?
 - Hier verweist David auf viele empirische Beispiele, die zeigen, dass Demokratie am Arbeitsplatz in der Regel die Wettbewerbsfähigkeit der Firmen nicht verringert sondern oft sogar erhöht. Als wichtigen praktischen Beleg verweist David auf Mondragón.
- Kann durch die Kapitalsteuer ausreichend Geld für Neuinvestitionen hereinkommen?
 - Dies bejaht David. Er weist darauf hin, dass diese Steuer aus Sicht der Firmen ähnlich ist wie die Zinszahlungen, die heute an private Kreditgeber gezahlt werden müssen. Das ist also aus Sicht der Firmen nichts grundlegend Neues.
- Führen die ethischen Überlegungen bei der Kreditvergabe (z.B. die Verteilung an die Regionen entsprechend der Bevölkerungszahl, oder die Vergabe an Firmen, die Arbeitsplätze schaffen) nicht zu einer ineffizienten Verteilung der Gelder?
 - David entgegnet hier, dass die herkömmliche „Effizienz“ ein falscher Maßstab ist; entscheidend ist, wie sich die „soziale Kontrolle der Investitionen“ konkret auswirken auf die Schaffung von Jobs, auf die Angleichung der Einkommen und Vermögen, auf die Qualität und Geschwindigkeit des wirtschaftlichen Wachstums usw. – David verweist auf die Kapitel 4 und 5 des Buches, wo er demonstriert, dass die ED tatsächlich in all diesen Aspekten besser ist als der Kapitalismus.
- **Besteht nicht die Gefahr einer Kapitalflucht?**
 - David stellt klar (Seite 65): Weder die Gemeinden noch die Regionen oder das ganze Land müssen sich Sorgen über Kapitalflucht machen, denn das gesamte Investitionskapital der Nation wird öffentlich eingesammelt (im Nationalen Investmentfonds) und wird, entsprechend den gesetzlichen Vorschriften, zurückverteilt an die

Regionen und Kommunen, aus denen die Nation besteht. Die Anfälligkeit für makroökonomische Instabilitäten, wie sie heutzutage durch die großen Kapitalströme zwischen den Regionen eines Landes oder zwischen den verschiedenen Ländern verursacht werden, ist in der ED vollständig ausgeschlossen.

3.3 Ein reales Experiment: Die Kooperative Mondragon

Zusammenfassung Achim:

Hier stellt David auf 6 Seiten die Kooperative Mondragón im Baskenland dar, weil sie eine der Vorbilder für die ED ist. Insbesondere verweist er auf die dortige Arbeiterdemokratie und auf das segensreiche Wirken der „Caja Laboral“, also der zentralen Investitionsbank innerhalb Mondragón, die durch ihre wohlüberlegte Geldvergabe an die einzelnen Genossenschaften und durch ihre Förderung von Innovationen dazu beiträgt, dass Mondragon seit Jahren gut abschneidet im Punkte Beschäftigung, Vermeidung von Entlassungen, und auch beim Überstehen von Wirtschaftskrisen in Spanien und darüberhinaus.

3.4 Die Aufgaben des Öffentlichen Dienstes

Zusammenfassung:

Hier erfolgen einige Anmerkungen darüber, welche Aufgaben auch in der ED lieber nicht durch den Markt, sondern durch die Öffentliche Hand geleistet werden sollten – z.B. kostenlose Schulbildung und Kindergärten usw.

3.5 Economic Democracy: Das erweiterte Modell

3.5.1 Der Staat als Auffang-Arbeitgeber

3.5.2 Sozialistische Sparkassen und Bausparkassen

3.5.3 Kapitalisten als Teil des Sozialismus

3.6 Fairer Handel statt Freihandel

<...>

In der ED gibt es deutliche Unterschiede in der Art des Außenhandels (im Vergleich zum Kapitalismus). Vor allem gibt es in der ED so gut wie keinen Kapitalverkehr über die nationalen Grenzen hinweg. Die Unternehmen in der ED werden nicht ins Ausland abwandern, denn sie werden ja von ihren Arbeitern kontrolliert. Das Finanzkapital wird ebenfalls zuhause bleiben, denn die Investment-Fonds werden öffentlich geschaffen und sind gesetzlich zur Investition im Inland verpflichtet. Kapital fließt nicht außer Landes – außer vielleicht ein kleiner Betrag an privaten Ersparnissen ...

<...>

Um sich vor schädlichen Einflüssen abzusichern und gleichzeitig beizutragen zur Überwindung der weltweiten Armut, sollte die ED eine Politik des Fairen Handels im Gegensatz zum Freihandel verfolgen. Freihandel ist in Ordnung, solange die Handelspartner ungefähr gleich sind in Bezug auf Arbeitslöhne und Umwelt-Regulierung. Jedoch wird die ED beim Handel mit ärmeren Ländern oder solchen, in welchen die Umweltschutzbestimmungen lax sind, eine Politik des „Sozialistischen Protektionismus“ betreiben.

<...>

- Ein „Social tariff“ (sozialistischer Zoll) wird auf Importwaren erhoben zum Ausgleich für Niedriglöhne oder fehlende Verpflichtung auf soziale Ziele betreffend die Umwelt, Arbeitergesundheit oder –Sicherheit, und Gemeinwohl.
- Alle Zolleinnahmen werden an die betreffenden Länder zurückgeleitet

(Achim ergänzt: im Sinne der Entwicklungshilfe und Armutsbehebung – z.B. Zuwendung an dort tätige NGOs.)

4 Kapitalismus oder Sozialismus? Systemvergleich hinsichtlich Ungleichheit, Arbeitslosigkeit und Armut

4.1 Demokratie am Arbeitsplatz: Einige Verhaltensänderungen infolge der neuen Organisationsformen

<...>

Es gibt eine zweite Verhaltensänderung der Firmen – abgesehen von der Abneigung gegen eine Senkung der Arbeitskosten – , die weitreichende Auswirkungen haben wird: *Erfolgreiche mitarbeitergeführte Firmen haben, im Gegensatz zu kapitalistischen Firmen, **keinen inneren Drang zum Wachstum***. Dafür gibt es zwei Gründe. Der erste wurde schon oft von Ökonomen festgestellt: Obwohl beide, kapitalistische und demokratische Firmen, danach streben, Gewinn zu erzielen, ist die zu maximierende Größe nicht dieselbe. Grob gesagt, streben kapitalistische Firmen nach Maximierung des Gesamtgewinns, wogegen demokratische Firmen den Gewinn pro Kopf der Belegschaft maximieren wollen. Dieser Unterschied bewirkt eine unterschiedliche Dynamik, wenn es um Expansion geht. ...

- Firmen in der ED werden tendenziell kleiner sein als vergleichbare kapitalistische Firmen ...
- Firmen in der ED werden nicht so intensiv in Konkurrenz miteinander treten wie kapitalistische Firmen. Der Wettbewerb wird eher defensiven als aggressiven Charakter annehmen. ...
- Die Tendenzen zur Monopolbildung werden abnehmen. ...

<...>

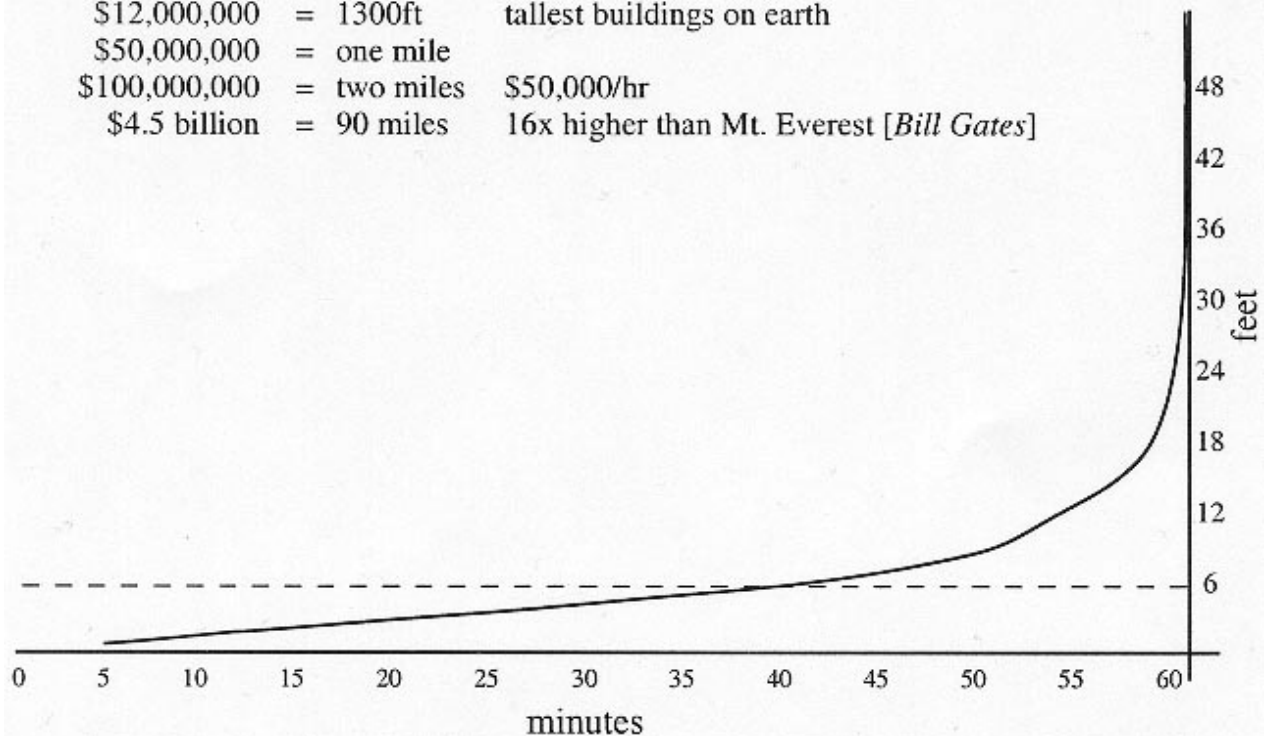
4.2 Ungleichheit

<...>

... Wir können erwarten, dass die demokratisierten Firmen egalitärer sein werden als kapitalistische Firmen. (Achim ergänzt: das heißt, die Gehälterspreizung wird geringer sein.)

Last few seconds:

\$1,000,000	= 110ft	ten story building
\$12,000,000	= 1300ft	tallest buildings on earth
\$50,000,000	= one mile	
\$100,000,000	= two miles	\$50,000/hr
\$4.5 billion	= 90 miles	16x higher than Mt. Everest [Bill Gates]



Figur 4.1 Eine Parade von Zwergen (und von einigen Riesen)

Durchschnittseinkommen der US-Haushalte: \$ 55000 entspricht 6 Fuß (etwa 1,80m). Die Parade dauert eine Stunde; zuerst kommen die mit den niedrigsten Einkommen, am Ende die mit den höchsten. – Bill Gates wäre 90 Meilen (ca. 150 km) hoch.

4.3 Arbeitslosigkeit

<...>

In der ED ist Vollbeschäftigung möglich, denn:

- Die ED hängt nicht ab von privaten Investoren. Es gibt keine Klasse von Leuten mehr, die „das Vertrauen in die Wirtschaft verlieren“ und dann ihr Geld in Wertpapieren zwischenparken oder gleich ins Ausland transferieren. ...
- Die Politik des „**sozialistischen Protektionismus**“ trägt auch dazu bei, die Gefahr einer Rezession abzuwehren. Denn erstens kann das Kapital in der ED nicht ins Ausland fliehen, wenn die Anlagemöglichkeiten im Inland einmal abnehmen; zweitens verhindert der sozialistische Protektionismus den Lohnsenkungsdruck, der im Kapitalismus durch die Billigimporte aus Niedriglohnländern ausgeübt wird.

(S. 137:) Wie wir gesehen haben, ist der Kapitalismus grundsätzlich inkompatibel mit Vollbeschäftigung. Die Drohung mit Arbeitsplatzverlust ist das

wichtigste Disziplinierungsmittel des Systems. – Ganz anders in der ED: Hier ist keine Arbeitslosigkeit nötig, um die Arbeiter zur Disziplin zu zwingen: Der wesentliche Anreiz zur Disziplin ist positiv! Man arbeitet fleißig, weil das eigene Einkommen wie das der Kollegen direkt vom Gewinn der Firma abhängt. Jeder weiß auch, dass mögliches eigenes Fehlverhalten direkt das Wohlergehen der Kollegen beeinträchtigt und daher von diesen nicht ohne weiteres akzeptiert wird. Die große Peitsche, die Furcht vor Arbeitsplatzverlust, wird ersetzt durch das Zuckerbrot der Gewinnbeteiligung, verbunden mit einem sanften Druck durch Missbilligung seitens der Kollegen, wenn nötig.

Da Arbeitslosigkeit in der ED kein systemnotwendiger Bestandteil ist wie im Kapitalismus, ist Vollbeschäftigung in der ED möglich, im Kapitalismus dagegen nicht.

4.3.1 Ein Wort zur Geldentwertung (Inflation)

4.4 Leistungsdruck und Überarbeitung

<...>

Es mag für viele nicht sofort einsichtig sein, dass wir den technischen Fortschritt dazu verwenden sollten, zu entschleunigen, den Konsum zu reduzieren, und uns für mehr freie Zeit oder mehr Sinnerfüllung in der Arbeit zu entscheiden. Diese Einsicht würde sich aber schnell ausbreiten, wenn jedermann/frau die freie Wahl hätte zwischen mehr Konsum oder mehr freier Zeit (Achim ergänzt: Das heißt: Freie Wahl zwischen Lohnzuwachs oder Arbeitszeitverkürzung). Unglücklicherweise wird es diese freie Wahl nicht geben, solange der Kapitalismus dominiert.

4.5 Armut

Zusammenfassung:

Ohne auf Einzelheiten einzugehen, liste ich einfach mal die Überschriften der Unterkapitel von 5.5 auf; daran sieht man schon, welche wichtigen Aspekte David Schweickart hier durchdiskutiert:

- **5.5.1 Armut in reichen Ländern**
- **5.5.2 Eine Anmerkung zum Rassismus**
- **5.5.3 Eine Anmerkung zu Einwanderung und Migration**

Hier schreibt David einen bemerkenswerten Satz:

- „Es ist im Prinzip nicht falsch und auch nicht rassistisch, wenn ein Land die Absicht hat, das Maß der Zuwanderung („flow of immigration“) zu begrenzen.“

Es folgen lesenswerte Gedanken zum Vor- und Nachteil der Ein- und Auswanderung aus der Sicht der armen und der reichen Länder. Das wäre auch ein guter Beitrag gewesen zu der Diskussion, die wir kürzlich (Anfang 2011) bei Attac München hatten zum Thema „Konkurrenz durch Immigranten, die zu Niedriglöhnen arbeiten (müssen)“.

- **5.5.4 Armut in armen Ländern**

4.5.1 Armut in reichen Ländern

4.5.2 Armut in armen Ländern

4.5.3 Ein Wort zum Rassismus

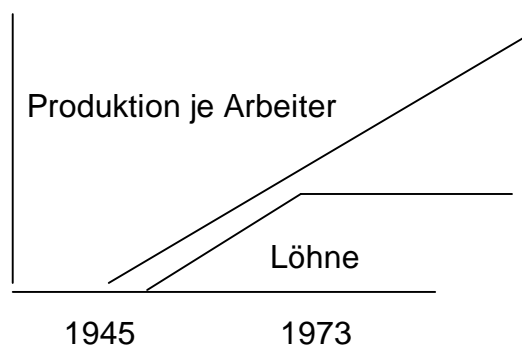
4.5.4 Anmerkung zum Thema Einwanderung

5 Kapitalismus oder Sozialismus? Systemvergleich hinsichtlich Krisenanfälligkeit, Umweltzerstörung, und Demokratie

5.1 Krisenanfälligkeit (Instabilität)

5.1.1 Anmerkungen zur aktuellen Krise

Ab der Mitte der 1970er Jahre hörten die Reallöhne – zumindest in den USA – zu steigen auf; das heißt, es ging der sozialdemokratische Kompromiss zwischen den Klassen zu Ende. Das folgende Bild zeigt es graphisch:³



Figur 5.1 Ärger im Paradies

Wie ist das möglich – ein ständiges Auseinanderdriften der Produktivitätszunahme und der Arbeitslöhne? Wer hat all die produzierten Waren gekauft? Wieso war die Wirtschaft in den letzten 25 Jahren oder so nicht in einer dauernden Rezession – wie es gemäß der Marx'schen Analyse der Fall hätte sein müssen?

5.2 Umweltzerstörung

5.2.1 Überbevölkerung

5.2.2 Nahrungsmittelknappheit

5.2.3 Umweltverschmutzung / Klimawandel

David zeigt, dass die Economic Democracy zu **mehr Ökologie und Umweltschutz** führt – vor allem, weil sie **frei vom kapitalistischen Wachstumszwang** ist. Nebenbei spricht

David auch so etwas wie die „**Regionalisierung**“ an (wie sie bei Attac München diskutiert wird, siehe [JS2010]), nämlich die Möglichkeit, dass sich arme und reiche Länder nach ihren jeweils eigenen Vorstellungen autonom, zu beiderseitigem Vorteil, entwickeln, was heutzutage durch die „Globalisierung“ praktisch unmöglich ist.

Wir haben gesehen, dass das Umweltproblem zwei Aspekte hat: die Unterentwicklung und die „Überentwicklung“. Die Unterentwicklung – das Problem der Armut – haben wir schon angesprochen. In einer Welt von „Economic Democracies“ (Wirtschaftsdemokratien) werden **arme Länder** sich nach ihren eigenen Vorstellungen selbständig entwickeln können. Sie werden die jeweils angemessenen Technologien entwickeln. Sie werden Mittel zur Behebung der tiefen Schäden einsetzen, die die Länder durch die Fehlentwicklungen infolge des Systems des globalen Kapitalismus erlitten haben. Sie werden in kreativer Weise Lebensformen erfinden, die gesund und menschenwürdig sind, ohne dabei den unsäglichen Druck auf die örtliche und globale Umwelt auszuüben, wie es die „Überentwicklung“ tut. Reiche Länder können diesen Prozess mit ihren Wissenschaften und mit ihrer Technik unterstützen, aber im Wesentlichen werden die armen Länder, im Verbund mit Ländern, die in einer ähnlichen Lage sind, ihre eigene Bevölkerung und die vorhandenen Ressourcen einsetzen, um ihre Gesellschaften neu zu gestalten. Es gibt keinen Grund, warum das nicht klappen sollte. Die Hindernisse für die Behebung der Armut in den armen Ländern liegen größtenteils in den Organisationen der Gesellschaft und nicht in fehlendem Material oder mangelnder Technik.

Der Prozess wird nicht leicht sein, aber er ist vielleicht immer noch einfacher als die Aufgabe, die „**überentwickelten**“ **Länder** von ihrer Konsumsucht zu entwöhnen. Wir müssen uns klar sein: Die Economic Democracy kann von ihren Prinzipien her zu diesem Punkt keine Erfolgsgarantie abgeben. Denn die ED ist eine Marktwirtschaft: Das Wecken der Verbrauchernachfrage liegt im vitalen Interesse jeder Firma – gerade so wie im Kapitalismus. Keine Firma, ob mitarbeitergeführt oder nicht, will, dass die Kunden den Konsum von Produkten der Firma einschränken. Alle Firmen wollen die Nachfrage hoch halten.

Die ED ist kein umweltpolitisches Patentrezept. Jedoch hat sie mehrere Eigenschaften, durch die sie eine nachhaltige Wirtschaft deutlich erreichbarer macht, als es im Kapitalismus der Fall ist. Der größte Unterschied ist, dass der Kapitalismus für seine Existenz Wachstum *benötigt*, die ED dagegen nicht. Jede kapitalistische Firma – und der Kapitalismus als Ganzes – lebt unter der Drohung „wachsen oder vergehen“. In der ED stehen weder die Firmen noch das System als Ganzes unter dieser Drohung. Wie wir gesehen haben, ist es das Bestreben einer florierenden mitarbeitergeführten Firma, keine Marktanteile zu verlieren. Sie ist weniger darauf aus, zu expandieren, vor allem wenn dies mit einer größeren Mitarbeiterzahl verbunden wäre. Eine kapitalistische Firma ist viel aggressiver, weil ihr durch den Sieg über die Konkurrenz und die Einverleibung von deren Markt hohe Zusatzgewinne (für die Eigentümer) winken. Eine Firma in Arbeiterselbstverwaltung kann dagegen mit Nullwachstum sehr zufrieden sein, vor allem wenn der technische Fortschritt dazu verwendet wird, die freie Zeit zu vergrößern und die Arbeit selber interessanter zu gestalten. Und was für die Teile zutrifft, stimmt auch für das Ganze:

Eine stationäre Wirtschaft, deren Konsumgewohnheiten über lange Zeit dieselben bleiben, passt sehr gut zusammen mit der ED.

Die ED hat also nicht den eingebauten Wachstumszwang wie der Kapitalismus. Aber um ökologische Nachhaltigkeit zu erreichen, muss noch mehr geschehen – zumindest auf Seiten der reichen Länder. Denn die Nachhaltigkeit, die wir anstreben, ist eine *gerechte* Nachhaltigkeit, was heißt, dass kein Land einen größeren Anteil der nicht-erneuerbaren Ressourcen verbrauchen darf, oder mehr zur Umweltverschmutzung beitragen darf, als es seinem Anteil an der Weltbevölkerung entspricht. Dies bedeutet unweigerlich, dass der Verbrauch nicht nur nicht wachsen darf, sondern abnehmen muss.

An dieser Stelle kommt die gesellschaftliche Investitionskontrolle ins Spiel. Denn das Zurückfahren des Konsums kann nicht über Nacht geschehen – zumindest nicht ohne schwerwiegende soziale Verwerfungen. Die Konsumgewohnheiten und die Industrien, die diese Gewohnheiten befriedigen, brauchen Zeit zur Veränderung. Dazu kommt, dass ein Teil unseres Konsums zu einer Notwendigkeit geworden ist angesichts der von Menschen gebauten Umwelt. Wir brauchen daher *Investitionen*, um die eingefahrenen Muster und Strukturen zu verändern.

Um nur ein Beispiel herauszugreifen: Betrachten wir den Autoverkehr in Amerika. Jeder Umweltfachmann weiß, dass das private Auto eine Gefährdung unseres Planeten darstellt und eine Hauptursache für die Luftverschmutzung ist. Aber unsere kommunalen Siedlungen sind so gebaut, dass viele Leute das Auto benutzen *müssen*, um die Funktionen des täglichen Lebens auszuüben. Die Kommunen müssen nicht so gestaltet sein. Wir könnten einen besseren öffentlichen Nahverkehr, mehr Radwege, mehr kleine Supermärkte in der Nähe unserer Wohnungen haben, und mehr ordentliche, bezahlbare Wohnungen in der Nähe unserer Arbeitsstätten. Aber um unsere Kommunen umzugestalten und umzubauen, brauchen wir die nötigen Entwicklungsgelder.

In der ED sind solche Investitionsmittel vorhanden. Denn jedes Jahr finden auf nationaler, regionaler und örtlicher Ebene politische Entscheidungen über die Entwicklungsprioritäten statt – nämlich über die Aufteilung des Investitionsfonds auf den öffentlichen Sektor und den marktorientierten Sektor, und darüber, welche öffentlichen Projekte finanziert werden sollen. Diese Entscheidungen können ohne die Sorge getroffen werden, wie wohl die „Finanzmärkte“ reagieren werden, oder ob Geschäfte abwandern werden. (Sofern ortsansässige Firmen von möglichen Entscheidungen negativ betroffen sein sollten, kann der Investment-Fonds dazu verwendet werden, die Firmen neu auszurüsten oder anderweitig anzupassen.) Die Aufgabe, unsere Kommunen umzugestalten und an vernünftige Richtlinien für ökologische Nachhaltigkeit anzupassen, wird nicht reibungslos verlaufen, aber wir müssen es ernsthaft versuchen, und können die erfolgreichen Versuche als Modelle verwenden.

Natürlich können wir zum heutigen Zeitpunkt nicht vorhersagen, ob solche Maßnahmen in Richtung ökologischer Nachhaltigkeit in der ED tatsächlich ergriffen werden. Denn die ED ist ja eine Demokratie – in der die Qualität des „allgemeinen Willens“ von den Meinungen der einzelnen Mitbürger abhängt. Daraus folgt die Bedeutung einer starken und entschlossenen Umweltschutzbewegung, die uns klar macht, dass wir unser Leben ändern müssen, wenn sich unser zerbrechlicher Planet von den schrecklichen Krankheiten erholen soll, die er heute

durchmacht, und wenn er die kommenden Krankheiten, die womöglich noch schlimmer sind, vermeiden soll.

Ich glaube, ich bin nicht zu optimistisch, wenn ich annehme, dass die große Mehrheit der Erdbewohner den obigen Darlegungen zustimmen würde – wenn sie nur sicher sein könnten, dass ihre Grundbedürfnisse befriedigt werden, und dass sie auf eine Zukunft mit kürzeren Arbeitszeiten und sinnvollerer Arbeit hoffen können. Beides ist nach Einführung der Economic Democracy realisierbar. Hierin liegt unsere Hoffnung.

5.3 Demokratie (oder: Das Fehlen von Demokratie)

David zeigt, dass der Kapitalismus keine wirkliche Demokratie (Volksherrschaft), sondern nur eine „Polyarchie“ (Herrschaft der Vielen) zulässt, denn die Bevölkerung oder das Volk (griechisch „Demos“) ist nicht souverän, solange es dauerhaft eine privilegierte Klasse gibt, die kraft ihrer Kapitalanlageentscheidungen die Richtung der Wirtschaft bestimmt. Und David zeigt, dass die Economic Democracy zu mehr Demokratie führt.

Das Nebeneinander von politischer Gleichheit und materieller Ungleichheit war schon immer ein schwieriges Problem der Demokratietheorie. *Plato* behauptete mit gewissem Recht, dass Demokratien zwangsmäßig untergehen müssen, weil das Volk („*demos*“) auf einer Umverteilung des Reichtums bestehen würde, was von Seiten der Herrschaft eine Gegenreaktion provozieren würde, die letztlich zur Diktatur führt. Alle klassischen liberalen Philosophen aus der Zeit, als der Kapitalismus entstand, befürchteten eine Gefährdung des Eigentums, wenn man die Demokratie auch auf die besitzlosen Bevölkerungsschichten ausdehnen würde. (Sogar der ehrbare, fortschrittliche Denker John Stuart Mill, der das allgemeine Wahlrecht propagierte, schlug vor, dass Bankiers, Kaufleute, Industrielle und andere Arbeitgeber ein mehrfaches Stimmrecht bekommen sollten, als Gegengewicht gegen den drohenden Einfluss der Arbeiterklasse.)

Warum wurden diese Befürchtungen nicht wahr? Wie kommt es, dass heutzutage die Demokratie als natürlicher Begleiter des Kapitalismus erscheint und nicht mehr als sein Gegenteil? Wie ist es in einer demokratischen Gesellschaft wie der unseren möglich, dass, obwohl 1% der Bevölkerung ein Drittel oder mehr des Reichtums besitzt, niemand ernsthaft eine Umverteilung fordert?

Die krasseste Antwort hierauf ist: Wir haben eben keine Demokratie. Der Kapitalismus verträgt sich nicht mit Demokratie. Was wir in der Industriegesellschaft „Demokratie“ nennen, ist in echt etwas anderes.

Die Politologen *Robert Dahl* und *Charles Lindblom* von der Yale Universität fordern seit langem, dass wir zwischen *Demokratie* und *Polyarchie* unterscheiden müssen. Eine *Polyarchie* ist ein System, in dem eine breite Wählerschaft ihre politischen Führer wählt, indem sie sich in freien Wahlen zwischen mehreren Kandidaten entscheiden können. In *Dahls* Worten: Eine *Polyarchie* ist ein politisches System, in dem „die Bürgerrechte für die meisten volljährigen Bürger gelten, was einschließt, dass man gegen die höchsten Repräsentanten der Regierung stimmen und sie aus dem Amt wählen kann.“

Alle modernen Industriegesellschaften dieser Welt, und viele andere Länder dazu, sind inzwischen *Polyarchien*. Die *Polyarchie* – teilweise auch die *Demokratie* – hat sich in den letzten Jahrzehnten rasant ausgebreitet. Nicht nur die kommunistischen Regime Osteuropas und der Sowjetunion haben sich aufgelöst,

sondern auch die Militärdiktaturen Lateinamerikas und das Apartheidregime in Südafrika.

Die *Polyarchie* ist keine schlechte Sache. Immerhin ist sie besser als eine Diktatur. Aber: Die *Polyarchie* ist keine *Demokratie*. In Anlehnung an *Dahl* und *Lindblom* wollen wir den Begriff „Demokratie“ wörtlich nehmen: „Herrschaft des Volkes.“ Das heißt, wir definieren Demokratie als ein System, wo

- allgemeines Wahlrecht gilt, und
- die Wählerschaft „souverän“ ist.

Eine Wählerschaft ist „souverän“,

- wenn die Wähler ausreichend über die Sachfragen informiert sind, die die Politik zu entscheiden hat, und wenn sie aktiv zu ihrer Lösung beitragen, und
- wenn es keine Minderheitenklasse gibt, die dauerhaft privilegiert ist.

Eine Klasse ist privilegiert (das ist die Kernaussage),

- wenn sie politischen Einfluss besitzt, der mindestens ebenso groß ist wie der der gewählten Politiker, und der größer ist als der Einfluss jeder anderen Gruppe im Land.

Zusammengefasst: *Demokratie ist ein System, in welchem die Bevölkerung das freie Wahlrecht hat und sich aktiv einbringt und dabei nicht von einer Minderheiten-Klasse, die sich auf irgendwelche Vorrechte beruft, eingeschränkt wird.*

Nun ist aber die Kapitalistenklasse in der kapitalistischen Gesellschaft genau so eine privilegierte Minderheit. Sie ist eine „Minderheit, die politischen Einfluss besitzt, der mindestens ebenso groß ist wie der der gewählten Politiker, und der größer ist als der Einfluss jeder anderen Gruppe im Land.“ Somit leben wir nicht in einer Demokratie.

Über „Klassen“ zu sprechen, und speziell über eine „Kapitalistenklasse“, ist heutzutage total altmodisch – aber es gibt diese Klasse. Der Schriftsteller *Gore Vidal*, der selber in diese Klasse hineingeboren wurde und sich daher auskennt, formuliert es wie folgt:

Das ist das Geniale an unserer herrschenden Klasse. Sie verhält sich so clever, dass kaum jemand weiß, dass es sie überhaupt gibt. Unsere Politologie-Professoren, an sich vernünftige Leute, schauen mich entgeistert an, wenn ich anfangs, über die herrschende Klasse Amerikas zu sprechen. Sie entgegnet mir: „Das ist eine Verschwörungstheorie. Sie glauben wohl, es gäbe einen Geheimbund, der sich in ‚Bohemian Grove‘ in Kalifornien trifft und von dort aus die USA regiert.“ – Nun, es gibt tatsächlich die Treffen in Bohemian Grove, und sie haben tatsächlich Einfluss auf die Wahl des Außenministers der USA. Aber sie müssen sich nicht erst verschwören: Sie denken von Natur aus alle gleich. Es geht zurück auf ihre Erziehung und auf die Schulen, die sie besuchten. Man muss dem Herausgeber der New York Times keine Anweisungen erteilen: Er hat diesen Posten deshalb, weil er in kritischen Situationen genau so reagiert, wie man es von ihm erwartet, und genauso ist es mit dem Präsidenten der USA und mit dem Chef der Chase Manhattan Bank.

Vidal definiert die „herrschende Klasse“ als das oberste eine Prozent der Gesellschaft. Diese obersten 1% stimmen genau mit den Leuten überein, die wir als die „Kapitalistenklasse“ definiert haben – nämlich: Leute, die ausreichend Kapital besitzen, um allein von den Kapitaleinkommen in Luxus leben zu können.

Ist diese Klasse tatsächlich „privilegiert“ in dem Sinn, dass sie mindestens so viel Macht und Einfluss hat wie die gewählten Volksvertreter? Wenn die Kapitalistenklasse eine herrschende Klasse ist: Wie funktioniert diese Herrschaft? Vidal stellt fest, dass alle Herrschenden in ihren Ideologien ähnlich sind. Das reicht aber nicht als Erklärung. Wir müssen es genauer wissen. Wie setzen sich die Interessen der Kapitalisten in der öffentlichen Politik durch? Durch welche Mechanismen kann eine kleine und fast unsichtbare Gruppe mitten in der „Demokratie“ so wirksam Macht ausüben?

Manche der Mechanismen liegen auf der Hand, andere weniger. Der offensichtlichste Mechanismus, zumindest in den USA, ist die Wahlkampffinanzierung. ... Die Wahlkämpfe sind extrem teuer geworden.

<... Hier folgt in „After Capitalism“ die Darstellung, welche Summen in den USA aufgewendet werden, um Wahlen und die öffentliche Meinung zu beeinflussen. Das lasse ich zunächst aus Zeitgründen unübersetzt.

Dann kommt D. Schweickart auf einen weiteren, wesentlichen Mechanismus zu sprechen, wie die Kapitalanleger Herrschaft ausüben. Siehe das Folgende.>

Neben diesen Mechanismen, die sicherstellen, dass die gewählten Politiker die Interessen des Kapitals gebührend berücksichtigen, hat die Kapitalistenklasse eine weitere Waffe, vielleicht die wichtigste in ihrem eindrucksvollen Arsenal; eine Waffe, die immer in Stellung gebracht werden kann, wenn eine gewählte Regierung auf die Idee kommen sollte, sich dem Kapital gegenüber unfreundlich zu verhalten, nämlich: Die Kapitalisten können in den „**Investitions-Streik**“ treten. Diese Waffe hat den Vorteil, dass sie keinerlei Planung oder Koordination benötigt. Im Gegenteil: Die Waffe gelangt automatisch zum Einsatz, sobald eine kapitalfeindliche Regierung an die Macht kommen sollte.

Der Mechanismus ist ganz einfach. Wir haben gesehen, dass die Investitionen im Kapitalismus zu einem großen Teil von den privaten Ersparnissen der reichen Schichten abhängen. Da diese Gelder Privatvermögen sind, können die Eigentümer darüber verfügen wie sie wollen. Heutzutage haben Anleger mehr Anlagemöglichkeiten als je zuvor. Sie können zuhause investieren oder im Ausland. Sie können sich an der Tokyoter Aktienbörse engagieren oder in lateinamerikanischen Devisen spekulieren. Sie können in der heutigen „freien und offenen“ Welt mit ihren Geldern machen was sie wollen, immerhin ist es *ihr* Geld. Wenn nun eine Anzahl von Anlegern das Vertrauen in eine Regierung verliert, werden sie verständlicherweise aufhören, in diesem Land zu investieren. Dieser Vertrauensverlust entpuppt sich, aus den üblichen Keynesianischen Gründen, als *„Self-Fulfilling Prophecy“*: Eine sich selbst erfüllende Vorhersage: Durch die Zurückhaltung der Anleger wird die Güternachfrage abnehmen, es kommt zu Entlassungen, die Nachfrage fällt weiter, das erzwingt noch mehr Einsparungen – die übliche Abwärtsspirale, die eine Rezession kennzeichnet.

Wir wissen, was dann passiert. In einer Polyarchie werden die Politiker am wirtschaftlichen Erfolg der Nation gemessen. In schlechten Zeiten sind alle Oppositionspolitiker schnell mit dem Ruf „Ihr versteht eben nichts von der Wirtschaft“ bei der Hand. Und die Polyarchie erlaubt, dass Politiker, die man für

unfähig hält, abgewählt werden. Daher werden Politiker, die der Geschäftswelt (in anderen Worten, „der Wirtschaft“) nicht gefallen, entfernt, und die kritisierten Regierungsprogramme werden zurückgenommen.

Das heißt: Solange private Anleger über die Investitionen bestimmen, haben Regierungen, die wiedergewählt werden möchten – also de facto alle Regierungen – keine andere Wahl, als sich um das Zartgefühl der Kapitalistenklasse zu kümmern.

Aber das Problem geht noch tiefer. Es sind ja nicht nur die Politiker, bei denen der Selbsterhaltungstrieb zwangsweise mit den Interessen der besagten Klasse zusammenfällt. Dasselbe gilt praktisch für die ganze Bevölkerung. Wenn das Wirtschaftswachstum nachlässt, kommt es zu Entlassungen bei Privatfirmen und zu Steuerausfällen, somit geraten auch die Angestellten im öffentlichen Dienst unter Druck und desgleichen die Leute, die von Sozialleistungen abhängen: Ihre Zuwendungen erscheinen nun zu hoch. Wir sehen, der Kapitalismus ist genial konstruiert: Fast jeder Mensch muss interessiert daran sein, die herrschende Klasse bei Laune zu halten. Das ist eine Erklärung für die bemerkenswerte Robustheit des Kapitalismus: Solange seine Grundstrukturen intakt bleiben, ist es in jedermanns Eigeninteresse, die Kapitalisten glücklich zu machen.

In einer **echten Demokratie** könnte man die Grundstrukturen, auf denen der Kapitalismus beruht, ändern. Es ist ja nicht so schwer, zu begreifen, wieso die Interessen des Kapitals verschieden sind von denen der großen Mehrheit. Daher würde eine Wählerschaft, die wirklich souverän ist, mit Sicherheit eine andere Wirtschaftsform ausprobieren wollen. Genau deshalb jedoch lässt der Kapitalismus nur eine **Polyarchie** zu, aber **keine Demokratie**. (Kapitalistische Gesellschaften sind in der Regel „tolerant“ – außer wenn die Grundlagen des Kapitalismus in Frage gestellt werden. Dann werden die Samthandschuhe ausgezogen und wir sehen Todesschwadronen, Militärputsche und Faschismus. Zumindest war es in der Vergangenheit immer so.)

Die ‚Economic Democracy‘ dagegen führt, wie ihr Name sagt, zu einer Stärkung der demokratischen Einrichtungen der Gesellschaft:

- Die größte und am meisten sichtbare Veränderung in Richtung mehr Demokratie findet in den *Unternehmen* statt. Die für den Kapitalismus typische autoritäre Organisationsform wird durch eine Mitarbeiterdemokratie ersetzt, wobei alle das gleiche Stimmrecht haben. Dies ist Demokratie in kleinem Rahmen, vergleichbar zu der in antiken Stadtstaaten. (Denn auch große Firmen sind immer noch klein im Vergleich zu den meisten Städten.) Obgleich es hierbei meistens zu repräsentativen Strukturen unter Einbeziehung eines Betriebsrats kommt, ist diese Form der Demokratie nicht weit weg von dem antiken Ideal einer direkten Demokratie.
- Die *„Demokratie des Marktes“* (das heißt die Möglichkeit für jeden Menschen, durch seine Kaufentscheidung „abzustimmen“ darüber, was die Wirtschaft herstellen soll) bleibt in der Economic Democracy erhalten – aber in der Form, dass das Hauptmerkmal, das gegen die Demokratie des Marktes ins Feld geführt wird, entfällt. In der Demokratie des Marktes gilt bekanntlich nicht „ein Kopf, eine Stimme“ sondern: „ein Dollar (oder Euro), eine Stimme“. Das bleibt auch in der Economic Democracy so, aber da die Einkommens-

ungleichheiten in der ED deutlich eingeebnet sein werden, ist diese Eigenschaft des Marktes nun einigermaßen harmlos. Andererseits: falls Ungleichheiten in der ED als Ansporn und Motivation dienen sollen, dann ist es ganz recht, dass die Produktion sich nach der Kaufkraft der Menschen richtet. (Es wäre sinnlos, zu erlauben, dass Menschen auch mal mehr verdienen können als andere, wenn es dann nichts gäbe, was man mit dem zusätzlichen Geld kaufen könnte.)

- Auch die repräsentative Demokratie würde in der ED gestärkt werden. Denn viele Fragen von allgemeinem Interesse, die im Kapitalismus niemals öffentlich zur Wahl gestellt werden, würden in der ED regelmäßig von den nationalen und regionalen Parlamenten behandelt werden: Wie hoch soll dieses Jahr das gesamtwirtschaftliche Investitionsvolumen sein? Wie viel davon soll auf die nationale Ebene entfallen und wie viel auf die Regionen? Wie soll das verfügbare Investitionsvolumen auf den öffentlichen und den privaten Sektor aufgeteilt werden? All diese Entscheidungen, die große Auswirkungen auf unsere wirtschaftliche Zukunft haben, werden von öffentlich sichtbaren gewählten Repräsentanten getroffen werden und nicht mehr von einer anonymen „unsichtbaren Hand des Marktes“.
- Wie es das Gesetz vorschreibt, wird jede Gemeinde ihren Pro-Kopf-Anteil am „nationalen Investitions-Topf“ bekommen. Dadurch wird die Lokalpolitik plötzlich viel bedeutsamer. Die Bürger können über die Projekte in ihrem Lebensumfeld entscheiden, ohne befürchten zu müssen, dass ihre Entscheidungen eine abschreckende Wirkung auf mögliche Kreditgeber haben oder dass örtliche Arbeitgeber abwandern werden. Daher werden sich die Bürger in der Economic Democracy stärker am öffentlichen Leben beteiligen als sie es im Kapitalismus gewohnt sind.

Dies sind die positiven Neuerungen. Gleichzeitig reduziert oder vermeidet die ED die negativen Seiten der kapitalistischen Polyarchie: Die stärkere wirtschaftliche Gleichheit verringert die ungünstigen Einflüsse des Geldes auf die politische Meinungsbildung und den Wahlkampf. Die Medien werden nicht länger von Wirtschaftseliten kontrolliert sein. Aber vor allem: Es gibt nicht mehr die privilegierte Minderheit, die, wenn ihnen die Regierungslinie nicht passt, die Wirtschaft in eine Rezession stürzen können, indem sie einen Kapitalanlage-Streik aufführen. Wenn wir uns nun an unsere Definition von Demokratie erinnern: allgemeines Wahlrecht, aktive und gut informierte Bürger, die Abwesenheit einer privilegierten Klasse – dann sehen wir, dass die *Economic Democracy* tatsächlich eine **echte Demokratie** ist und nicht nur eine Polyarchie.

5.3.1 Ein Wort zum Antikommunismus

< noch nicht übersetzt. >

5.3.2 Über die Freiheit

< noch nicht übersetzt. >

5.3.3 Politische Parteien

< noch nicht übersetzt. >

6 Der Übergang: Wie wir von hier nach dort kommen

Zusammenfassung auf Seite 18 des Buches:

Wir haben gesehen, dass das ED-Modell eine Reihe von **Reformen** empfiehlt, die sofort angepackt werden können und sollten, bevor der Kapitalismus in eine existenzielle Krise gerät. – Was (jedoch) eine **Revolution** betrifft, so biete ich **zwei verschiedene Szenarios** an für das Hinaustreten aus dem Kapitalismus, hinein in eine echte Economic Democracy.

Und David fährt fort mit einem Verweis auf den alten Marx (S. 18):

Zusammengefasst kann man sagen, dass „*After Capitalism*“ anknüpft an das *Kommunistische Manifest* (aus dem wir eingangs dieses Kapitels 1 ein Zitat verwendet haben). Meine Meinung ist, dass eine Art „**Neuer Kommunismus**“, der zumindest teilweise inspiriert ist vom ursprünglichen „Manifest“, höchst erstrebenswert wäre.

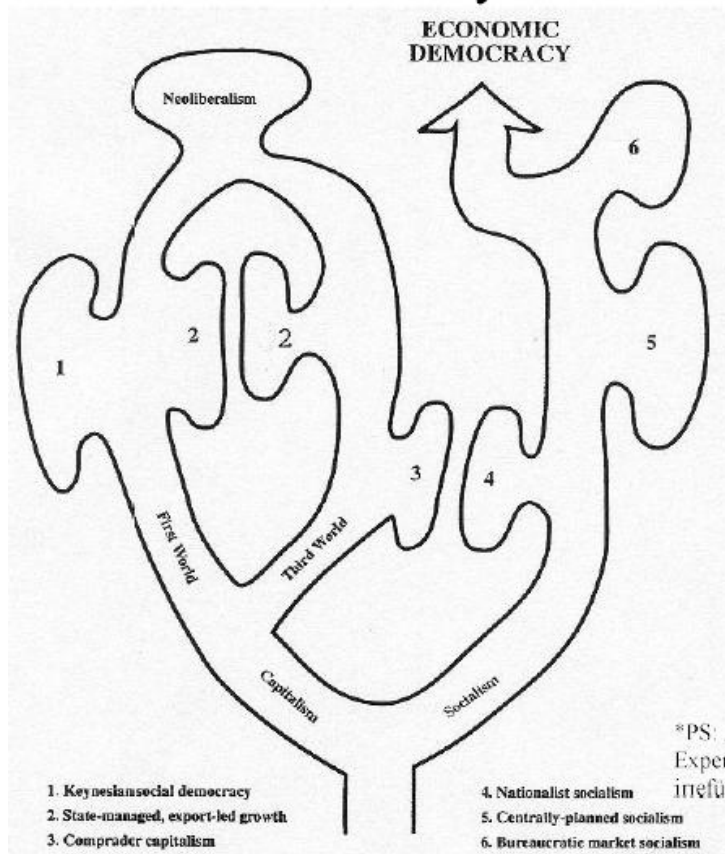
Gehen wir mal die Teile von Kapitel 6 im Einzelnen durch.

6.1 Economic Democracy als Orientierungshilfe

6.1.1 Wie die Welt damals aussah (2001)

Hier präsentiert David ein Bild „Figur 6.1: Wirtschafts-Modellversuche im 20. Jahrhundert“. David zeigt im Text, wie das Konzept der ED hilft, die bisherigen Ökonomien des 19. und 20. Jahrhunderts zu verstehen.

Twentieth Century Economic Experiments



Die Economic Democracy als Weiterentwicklung bisheriger sozialistischer Experimente. Der kapitalistische, neoliberale Ast ist dagegen eine Sackgasse.

*PS: „Nationalist socialism“ bezieht sich auf Experimente in Libyen etc. Der Name ist etwas irreführend.

(Original-Diagramm von D. Schweickart)

Figur 6.1 Die Wirtschaftsexperimente des 20. Jahrhunderts

6.1.2 Wie die Welt heute aussieht (2011)

6.1.3 Anmerkung zu China

6.2 Eine Reform-Agenda in Richtung Economic Democracy

David fordert zu einer Reihe von Reformen auf, die als Schritt in die richtige Richtung gelten können. Welche Reformen er meint, sieht man anhand der Kapitel-Überschriften:

- 6.2.1 Die Ausweitung und Vertiefung der Demokratie am Arbeitsplatz
- 6.2.2 Stärkere gesellschaftliche Steuerung der Investitionen.
 - Ökosteuer und andere Gesetze zugunsten der Umwelt.
 - Regulierung des internationalen Kapitalverkehrs.
 - Demokratisierung und Regulierung des Bankwesens mit dem Ziel, dass die Zentralbank (in USA: Federal Reserve System) mehr dem Wählerwillen Rechenschaft ablegen muss, und dass die örtlichen Banken den Gemeinden Bericht erstatten müssen.
 - Demokratisierung der Rentenfonds – so dass die Mitglieder und die Gesellschaft bestimmen können, was mit ihrem Geld geschieht.
 - Einführung einer Kapitalsteuer, deren Einnahmen für Investitionen seitens der Kommunen und zur Schaffung von Arbeitsplätzen

verwendet werden.

- 6.2.3 Stärkung des Fairen Handels gegenüber dem Freihandel
 - Durch Zölle geschützter fairer Handel anstelle des Freihandels, und zwar dort, wo zwischen den beteiligten Ländern große Unterschiede bestehen hinsichtlich der Arbeitslöhne oder der Umweltschutzbestimmungen.
 - Alle Einnahmen aus diesen Zöllen sollen an die armen Länder zurückgegeben werden.

6.2.1 Demokratisierung der Arbeit

Die ‚Economic Democracy‘ zielt darauf ab, dass die Unternehmen weitgehend von ihren Mitarbeitern geführt werden. Daher sollten wir die Menschen, die solche Unternehmen gründen wollen, heute schon unterstützen. Außerdem sollten die beiden wichtigsten Prinzipien der Arbeiterselbstverwaltung, nämlich die Mitbestimmung und die Gewinn-Aufteilung unter den Mitarbeitern, auch in den bereits bestehenden Firmen vorangetrieben werden. Die Arbeiter sollten das Recht haben, ihre Firma zu erwerben, wenn sie wollen. In allen staatlichen Betrieben sollte Arbeiterselbstverwaltung gelten. Daher habe ich vier Vorschläge:

- *Finanzielle und technische Unterstützung für Genossenschaften und für den Kauf kapitalistischer Firmen durch ihre Mitarbeiter.*

Es ist gerade die richtige Zeit, um Genossenschaften und Kooperativen zu fördern. Am 21. Dezember 2009 erklärte die Vollversammlung der Vereinten Nationen das Jahr 2012 zum „Jahr der Kooperativen“ und drängte die Regierungen, „Gesetze und Verordnungen zu erlassen, um die Gründung, das Wachstum und die Stabilität von Genossenschaften zu fördern.“ Kurz zuvor hatte die Internationale Labor Organization (ILO) einen Bericht über die „Standfestigkeit des genossenschaftlichen Geschäftsmodells in Krisenzeiten“ verfasst. Am 27. Oktober 2009 verkündeten die „Vereinigten Stahlarbeiter“ (United Steel Workers, USW) – das ist die größte Industriegewerkschaft Nordamerikas – und die „Mondragon Internacional S.A.“ den Abschluss eines Kooperationsvertrags mit dem Ziel, industrielle Mondragon Kooperativen in USA und Kanada zu gründen.
- *Gesetze, die eine Gewinnbeteiligung und sonstige Teilhabe der Mitarbeiter in kapitalistischen Firmen vorschreiben oder wenigstens fördern.*

Die aktuellen Gesetze in den USA zur Förderung von Belegschaftsaktien (Employee Stock Ownership Plan, ESOP) belohnen Firmen, die ihren Mitarbeitern Belegschaftsaktien anbieten, mit Steuernachlässen, aber sie bewirken noch keine Beteiligung der Belegschaft an der Firmenleitung. Diese Gesetze sollten weiterentwickelt werden. Eine Mitbestimmung durch Arbeitervereine in den Aufsichtsräten ähnlich wie in deutschen Aktiengesellschaften sollte ebenfalls vorgesehen werden.
- *Gesetze, die der Belegschaft ermöglichen, ihre eigene Firma zu kaufen, wenn sie wollen.*

<...>.

- *Eine Gesetzgebung, die verlangt, dass eine Firma, die vom Staat vor der Pleite gerettet wird, im Gegenzug vom Staat in eine mitarbeitergeführte Firma umgewandelt und an die Mitarbeiter übergeben wird.*
<...>.

6.2.2 Demokratisierung des Kapitals

Ein weiteres Prinzip der ‚*Economic Democracy*‘ ist, dass private Investitionsentscheidungen ersetzt (oder ergänzt, Anm. d. Übs.) werden durch Investitionslenkung seitens der Gesellschaft. Dies kann durch folgende vier Reformen, die wir anpacken könnten, in die Wege geleitet werden:

- *Demokratisierung und Regulierung des Bankensystems, damit die Bundesbank (in den USA – bzw. allgemein die Zentralbank, Anm. d. Übs.) stärker dem Wählerwillen folgen muss, und damit die örtlichen Banken stärker den Gemeinden verpflichtet sind.*
<...>.

- *Schaffung öffentlicher Banken auf allen Ebenen: in den Gemeinden und Kreisen, in den Bundesländern und auf staatlicher Ebene. Diese stehen in Konkurrenz mit den Privatbanken, haben aber ihre Priorität auf der Schaffung von Arbeitsplätzen statt auf Gewinnerzielung.*
<...>.

- *Ersatz der Körperschaftssteuer durch eine Kapitalsteuer, deren Einnahmen für Investitionen der Öffentlichen Hand und für mehr Beschäftigung verwendet werden.*
<...>.

- *Stärkere Kontrolle der internationalen Kapitaltransfers.*
Beginnend mit einer „Tobin-Steuer“ (das ist eine kleine Steuer auf alle grenzüberschreitenden Finanztransaktionen) müssen wir Reformen durchführen, die die hektischen, spekulativen und destabilisierenden Bewegungen großer Geldmengen von einem Markt zum anderen eindämmen. Das Fernziel ist, solche marktgetriebenen Geldflüsse über die Grenzen hinweg gänzlich zu beenden, also nicht nur sie zu verlangsamen; aber eine Wiedereinführung der Kapitalverkehrskontrollen ist ein erster Schritt. Eine wichtige Nebenwirkung der Tobinsteuer wäre, dass sie erhebliche Einnahmen generiert, die für weitere Reformen genutzt werden können.

6.2.3 Wege zur Vollbeschäftigung

Ein Schritt hierzu ist: Der Staat soll als Arbeitgeber der letzten Instanz (Employer-of-Last-Resort, ELR) einspringen. In Kapitel 4 hatte ich argumentiert, dass Vollbeschäftigung im Kapitalismus nicht möglich sei, weil die ständige Drohung mit Arbeitslosigkeit zur Disziplinierung der Arbeitskräfte benötigt wird. <...> Einige Ökonomen haben sich schon lange für ELR ausgesprochen und haben mehrere Vorschläge unterbreitet, wie solch ein Programm umgesetzt werden könnte. Kurz gesagt,

bedeutet es, dass der Staat allen arbeitsfähigen Personen, die einen Job suchen, einen Arbeitsplatz zum Mindestlohn oder knapp darunter anbietet.

<...>

6.2.4 Wege zu Fairem Handel

Lassen wir uns nicht vom „Freihandel“ blenden: Freihandel ist ein unfaires Spiel für die Schwachen in dieser Gesellschaft: Für Arbeiter im Wettbewerb mit Kapitalisten, für arme Länder, die mit reichen Ländern zu tun haben. Es sind zwar nicht alle Programme, die sich gegen den Freihandel wenden, als fortschrittlich zu bezeichnen, aber ein gewisses Maß an Protektionismus wird erforderlich sein, und wir sollten das Wort nicht unbesehen den Reaktionären überlassen. Ein gut durchdachtes System des Fairen Handels kann von großem Nutzen für die arbeitenden Einwohner aller Länder sein. Daher sollten wir einen Fair-Trade-Vorschlag mit den folgenden Merkmalen einführen:

- *Ein Fairer Handel mit sinnvollen Zöllen anstelle des Freihandels – immer dann, wenn es zwischen den beteiligten Ländern deutliche Unterschiede im Lohnniveau und bei den ökologischen Normen gibt.*
Die Zölle sollen dazu dienen, dass kein Land nur dadurch einen Wettbewerbsvorteil erringt, dass es seine Arbeiter schlecht bezahlt oder dass es Umweltschutzregeln schlampig handhabt. Damit der durch die Zölle zu erwartende Rückgang des Handelsvolumens nicht zu Lasten der Arbeiter in den armen Ländern geht, sollte diese Reform mit der folgenden verknüpft werden.
- *Alle Einnahmen aus den Fair-Trade-Zöllen sollten an geeignete arbeiterfreundliche Organisationen oder Behörden, egal ob privat oder staatlich, in den armen Ländern weitergeleitet werden.*
Die Advokaten des Freihandels sagen gerne, dass Einfuhrzölle egoistisch seien, weil sie sowohl die Konsumenten im Einfuhrland als auch die Arbeiter in den armen Ländern schädigen. Diesem Argument muss man entgegentreten. Die Konsumenten in den reichen Ländern werden zwar mehr zahlen müssen für Importprodukte aus armen Ländern, aber die höheren Preise werden den armen Ländern nützen, nicht schaden, und sie sind gleichzeitig ein Schutz für unsere eigenen Arbeiter.

<...>

6.2.5 Die Demokratie demokratisieren!

Hier weist der Autor darauf hin, dass die große Reichtumszusammenballung in wenigen Händen eine Gefahr für die Demokratie ist, weil die Milliardäre alle Möglichkeiten haben, die öffentliche Meinung, Presse, Funk und Fernsehen, und die Gesetzgebung, zu ihren Gunsten zu beeinflussen. – Daher plädiert David für eine Reichtums-Steuer, die zur Verringerung der astronomischen Vermögen führt, die sich bei einer Minderheit angesammelt haben.

6.3 Von der Reform zur Revolution

David stellt klar, dass die Implementierung der oben genannten Reformen noch keine Economic Democracy darstellt. Am Ende wird doch eine Revolution nötig

sein. Hier diskutiert David nun zwei Varianten: **a) eine „radikale und schnelle“ Revolution**, und **b) eine „gefühlvollere“, langsamere Umwälzung**, die Rücksicht nimmt auf die Bindungen, die viele Millionen von Bürgern, zumindest in den USA, an die heutigen finanziellen Einrichtungen im Kapitalismus haben, und die sie nicht ersatzlos verlieren möchten. Beide Arten der Revolution führen aber laut David zur Economic Democracy.

David denkt hier an eine Revolution in den USA.

Das oben dargestellte Reformprogramm ist, auch wenn es vollständig umgesetzt wird, noch nicht die ‚*Economic Democracy*‘. Diese Reformen würden zwar einen freundlicheren Kapitalismus ergeben, aber es wäre doch noch ein Kapitalismus. Allerdings wäre es bereits ein Kapitalismus auf Abruf. Denn dadurch, dass alle merken, dass Arbeiterselbstverwaltung funktioniert und dass das Geld für Investitionen von der Öffentlichen Hand kommen kann, würde die Rolle der Kapitalisten immer mehr in Zweifel gezogen werden. Die Arbeiter würden immer selbstsicherer, die Kapitalisten immer nervöser. Dadurch, dass Arbeitermitbestimmung und Gewinnbeteiligung immer normaler werden, dass die Kapitalsteuer ihre Wirkung entfaltet und dass die Freiheiten der privaten Kapitalanleger immer mehr beschränkt werden, würde die Situation auf eine entscheidende Konfrontation zulaufen. Aber wie könnte solch eine Konfrontation zu einem glücklichen Ende führen? Wie können wir uns eine „Revolution“ vorstellen?

Wir wollen drei Szenarien ausmalen. Das erste nenne ich „Radikal und Schnell“ – ein hypothetischer, schlagartiger Übergang vom heutigen Kapitalismus zur ‚*Economic Democracy*‘. Dann folgt das zweite Szenario: Es ist etwas komplizierter als das erste, denn es trägt dem Umstand Rechnung, dass heutzutage – zumindest in den USA – Millionen von Normalbürgern Beziehungen zu Banken und Finanzinstitutionen haben, die bei der „radikalen und schnellen“ Lösung gekappt würden. Im dritten Szenario verläuft der Übergang gemächlicher und es wird nicht angenommen, dass es zu Beginn einen großen Zusammenbruch des Finanzwesens gibt. In allen drei Szenarien kommt am Ende die Economic Democracy heraus – das Nachfolgesystem zum Kapitalismus. Die drei Szenarien spielen in den USA. (Die Betrachtungen sind aber ohne Schwierigkeiten auch auf Europa und andere Regionen anwendbar. Anm. d. Übs.)

6.3.1 Radikal und schnell

David denkt hier z.B. an einen „Erdrutschsieg“ einer radikalen, linken Partei infolge massiver Wirtschaftskrisen (in den USA). Die neue Regierung würde folgende Gesetze erlassen:

- Erstens: Alle Firmen sind ab sofort von der Verpflichtung befreit, Zinsen oder Dividenden an Privatpersonen oder private Geldinstitute zu zahlen.
- Zweitens: Die juristische Herrschaft über alle Firmen mit mehr als N Mitarbeitern (wobei N eine ziemlich kleine Zahl ist) geht ab sofort in die Hände der Belegschaft über, wobei alle Mitarbeiter gleiches Stimmrecht haben.
- Drittens: Alle Firmen müssen eine Einheits-Steuer auf ihr Firmenkapital zahlen (einheitlicher Steuersatz). Die Steuereinnahmen fließen in den

„Nationalen Investitions-Fonds.“

- Viertens werden alle Banken in öffentliche, staatliche Banken umgewandelt. Diese öffentlichen Banken werden sodann verpflichtet, Anträge auf Investitionskredite entgegenzunehmen und zu bewilligen mit den Mitteln, die aus dem Nationalen Investitions-Fonds stammen – unter Anwendung der zwei Kriterien: Gewinnaussichten und Schaffung von Arbeitsplätzen.

Nehmen wir an, dass – z.B. infolge einer schweren Wirtschaftskrise, die die Glaubwürdigkeit der herrschenden Klasse zerrüttet – eine linksradikale Partei durch einen Erdrutschsieg an die Regierung kommt und nun die Macht hat, alle möglichen Reformen durchzuführen, die sie für nötig hält. Wir wollen hier etwaige Bedenken wegen des verfassungsmäßigen Schutzes des Eigentums außer acht lassen. Wir nehmen an, dass wir einen überwältigenden Auftrag haben, den Kapitalismus zu überwinden und zu einem besseren System voranzuschreiten – nämlich zu der ‚*Economic Democracy*‘, die wir versprochen haben. Was ist nun zu tun?

Ich will vorausschicken, dass ich dies nicht für ein realistisches Szenario halte. Die „Revolution“ wird in Wirklichkeit so nicht stattfinden, zumindest nicht in den USA. Die Vorstellung eines abrupten Übergangs kann uns jedoch ein einfaches Modell liefern, das wir danach abändern und realistischer machen können.

Tatsächlich ist es nicht schwer, die Merkmale eines solchen Übergangs zu spezifizieren und sich eine friedliche Einführung vorzustellen. Wir brauchen weder den Besitz der Vermögenden zu beschlagnahmen noch die Kapitalisten durch spezielle Führungskader zu ersetzen, noch eine Menge neuer Institutionen einzuführen. Wir sind nicht in der Lage von Lenin, der meinte, eine gänzlich neue Gesellschaft erbauen zu müssen. Es sind vier einfache Maßnahmen, die uns in die ‚*Economic Democracy*‘ bringen würden.

- *Erstens*: Wir würden ein Dekret erlassen, durch das alle Firmen ab sofort von der Verpflichtung befreit sind, Zinsen oder Dividenden an Privatpersonen oder private Geldinstitute zu zahlen. Solch eine Verordnung wäre leicht durchzusetzen, denn die Firmen werden gerne auf diese Zahlungen verzichten, sobald diese nicht mehr gesetzlich vorgeschrieben sind.
- *Zweitens*: Wir erklären, dass die juristische Handlungsvollmacht in allen Firmen mit mehr als N Mitarbeitern (wobei N eine ziemlich kleine Zahl ist) ab sofort in die Hände der Belegschaft übergeht, wobei alle Mitarbeiter gleiches Stimmrecht haben. Den Arbeitern und Arbeiterinnen steht es frei, das bisherige Management der Firma beizubehalten oder sich ein neues zu wählen. Die Zuständigkeit liegt bei ihnen – zu entscheiden, was produziert werden soll, auf welche Weise produziert wird, zu welchem Preis die Produkte verkauft werden, wie die Gewinne zu verteilen sind und so weiter. Es wird Hilfestellung für den Aufbau von Betriebsräten geben (für solche Firmen, in denen bisher noch keiner existiert), aber die einzige Pflicht, die den Belegschaften auferlegt wird, ist, den Wert des Realkapitals der Firma intakt zu halten. Das Kapital wird nämlich ab sofort als das Gemeinschaftseigentum der Gesamtgesellschaft betrachtet, das nicht geplündert oder verschwendet werden darf.
- *Drittens*: Wir verkünden, dass eine Steuer auf sämtliches Firmenkapital erhoben wird, mit einem einheitlichen Steuersatz, wobei die Steuereinnahmen in den „Nationalen Investitions-Fonds“ fließen. – Die Firmen werden vielleicht gegen diese Steuer opponieren, aber wir werden sie darauf hinweisen, dass

sie ja dafür keine Dividenden mehr an Aktionäre zahlen müssen und keine Zinsen für ihre bestehenden Kredite. Die Steuer ist praktisch eine Art Zins für die Nutzung des Kapitals, das nun nicht mehr das Eigentum von Privatleuten ist, sondern als Eigentum der Gesellschaft gilt. (Wenn diese Kapitalsteuer bereits im Rahmen der Reformen im Kapitalismus implementiert wurde, dann sind die Mechanismen zur Berechnung und zur Zahlung der Steuer schon vorhanden und es muss nur der Steuersatz angehoben werden.)

- *Viertens* werden alle Banken vergesellschaftet. Diese nun öffentlichen Banken bekommen die Aufgabe, Anträge auf Investment-Darlehen zu prüfen und Gelder aus dem Nationalen Investitions-Fonds zu verteilen, in den die Einnahmen aus der Kapitalsteuer fließen. Bei der Kreditvergabe sollen zwei Kriterien zur Anwendung kommen: Einerseits die Gewinnaussichten der Kreditnehmer, andererseits die Schaffung von Arbeitsplätzen. – Die Vergesellschaftung von Banken ist übrigens nicht so „revolutionär“ wie es klingt. Z.B. haben Norwegen und Schweden ihre Banken in den Krisenzeiten anfangs der 1990er Jahre zeitweise verstaatlicht. Die ausgesprochen nichtlinke Zeitschrift „*Far Eastern Economic Review*“ empfahl 1998 eine Verstaatlichung zur Lösung der Bankenkrise in Japan. Eine Verstaatlichung wurde von verschiedenen Ökonomen und Politikern in den USA diskutiert, als das Finanzsystem 2007 einzustürzen begann. In unserem Szenario wären private, kommerzielle Banken sowieso nicht mehr existenzfähig, da sie ja keine Zinseinnahmen aus vergebenen Darlehen mehr hätten; daher hat der Staat gar keine andere Möglichkeit, als die Banken zu übernehmen. (Genauer: Die Banken haben keine andere Existenzmöglichkeit als unter der Regie des Staates – es sei denn, sie finden Sparer und Geldanleger, die mit Zinssatz 0 zufrieden sind. Anm. des Übersetzers.) Diese Geldinstitute, die sich nun um die Verteilung der Gelder aus dem Investitions-Fonds kümmern, haben nach wie vor eine wesentliche Rolle in der Economic Democracy, auch wenn sie nun keine Gewinne mehr machen dürfen.

Das ist alles – vier einfache Maßnahmen. Am Tag nach der Revolution werden praktisch alle Firmen weitermachen wie bisher, so dass die Erstellung und Verteilung von Gütern und Dienstleistungen nicht unterbrochen werden muss. Die Arbeiter und Arbeiterinnen werden arbeiten, die Manager werden managen, die Geschäfte werden im Wettbewerb miteinander stehen. Die Unternehmen werden anfangen, neue Entscheidungswege aufzubauen; das Finanzministerium wird Änderungen im Steuerrecht beschließen; die Banken werden sich neu aufstellen. Die staatliche Zentralbank wird den Banken vorübergehend mit Liquidität aushelfen müssen, aber das ist für die Zentralbank nichts Neues, da sie auch heute schon das Recht zur Geldschöpfung hat.

Klar ist, dass die Finanzmärkte zusammenbrechen werden – wenn das nicht sowieso bereits vorher passiert ist. Die Kapitalisten werden versuchen, ihre Aktien und Wertpapiere zu Geld zu machen, aber diese Papiere werden wertlos sein und keine Käufer mehr finden. Riesige Mengen von Geldvermögen werden sich in Luft auflösen – aber die produktive Infrastruktur der Wirtschaft wird unbeschädigt bleiben. Das ist das Schöne an der Sache. Die Hersteller werden nach wie vor herstellen, die Konsumenten konsumieren. Das Leben geht weiter – jenseits des Kapitalismus.

6.3.2 Radikal, aber langsamer (mit Rücksicht auf Aktionäre)

Hier diskutiert David, wie man die obigen Maßnahmen (Ende der Zinszahlungen an Private; Vergesellschaftung der Firmen und der Banken usw.) in kleineren Schritten durchführen kann, so dass z.B. kleine Sparer und Kleinaktionäre nicht schlagartig ihr Geldvermögen in den Wind schreiben müssen. Diesen Weg hält David für realistischer, da er vermutlich auf mehr Zustimmung und Verständnis bei der Mehrheit der Amerikaner stoßen könnte.

Zu simpel? Ja klar. Das oben Dargestellte ist nicht als realistischer Ablaufplan gedacht. Vor allem ignoriert es die Tatsache, dass Millionen von Normalbürgern (nicht nur Kapitalisten) Geldmittel auf den Finanzmärkten angelegt haben. Leute mit Sparkonten oder mit Aktiendepots oder Wertpapieren rechnen mit ihren regelmäßigen Dividenden- und Zinsüberweisungen. (Fast die Hälfte aller amerikanischen Haushalte haben direkte oder indirekte Anteile am Aktienmarkt, vor allem über ihre Rentenversicherungen.) Die Abschaffung aller Dividenden und Zinseinnahmen – wie es das Radikal&Schnell-Szenario vorschlägt – wird diesen Mitbürgern nicht recht sein. Daher wollen wir nochmal durch das obige Szenario durchgehen und es diesmal etwas abändern, um den berechtigten Bedenken Rechnung zu tragen.

Wir wollen die Ausgangssituation etwas genauer beschreiben. Nehmen wir an, dass eine echte Gegenbewegung zum Kapitalismus entstanden ist und dass diese allmählich so stark wurde, dass sie in Wahlen eine linke Regierung etablieren konnte, die viele der oben geschilderten Reformen verfolgte und bereits einige davon durchsetzen konnte. Nehmen wir weiterhin an, dass den Kapitalanlegern allmählich der Kragen platzt und sie anfangen, ihre Aktien zu verkaufen, um mit ihrem Geld in profitablere Gegenden abzuhaufen. Die Folge ist ein Zusammenbruch der Börse. Die Reaktion darauf ist, dass die Bürgerschaft ihrerseits entscheidet, dass ihnen nun ebenfalls der Kragen platzt, so dass sie nun das Mandat der linken Regierung erweitern und ihr die volle Verantwortung für die taumelnde Wirtschaft übertragen – diesmal nicht zu dem Zweck, die Banken zu retten (was man inzwischen als untaugliches Mittel zur wirklichen Lösung der Probleme erkannt hat), sondern um die Wirtschaft radikal zu erneuern.

Die neu bestätigte Regierung könnte einen arbeitsfreien Tag ausrufen, um die Neuorganisation einzuleiten (so wie es Präsident Roosevelt nach seiner Wahl 1932 tat). Es wird bekannt gegeben, dass ab sofort alle börsennotierten Aktiengesellschaften als mitarbeitergeführte Firmen betrieben werden. Diese Firmenübernahmen durch die Belegschaft gelten jedoch nur für Aktiengesellschaften, also nicht für Personengesellschaften oder kapitalistische Firmen in Privatbesitz. Dahinter steht die Überlegung, dass es ausreicht, die Eigentumsrechte für diejenigen Firmen neu zu definieren, in welchen sowieso schon eine weitgehende Trennung zwischen Eigentümern und Geschäftsleitung vorliegt.

Alle Banken werden verstaatlicht oder vergesellschaftet wie in „Radikal & Schnell“. Individuelle Sparkonten bleiben erhalten, ebenso wie Konsumentenkredite einschließlich Hausbaudarlehen (vorausgesetzt, die Darlehen wurden von den Banken gewissenhaft und ohne betrügerische Absicht vergeben). Diese Konten werden in örtlichen Sparkassen weitergeführt, die nach wie vor Spareinlagen akzeptieren und Konsumentenkredite vergeben und dabei Guthabenzinsen zahlen bzw. Sollzinsen kassieren. Die übrigen Banken werden wie Geschäftsbanken weitergeführt, die sich an Firmenkunden wenden und sich an der Verteilung des öffentlichen Investitions-Fonds beteiligen.

Das Kapital der Geschäftsbanken kommt nun aus der neu eingeführten *Kapitalsteuer*. Falls diese Steuer schon in Kraft ist durch die vorangegangenen Reformen, muss nur der Steuersatz ausreichend angehoben werden, damit die Steuereinnahmen nun die Spareinlagen ersetzen, die früher von privaten Geldanlegern kamen. Falls die Kapitalsteuer noch nicht existiert, wird das Finanzamt den Kapitalwert jeder Aktiengesellschaft anhand des Börsenkurses, wie er vor dem Börsencrash bestand, schätzen, und wird auf Basis dieser Schätzung den Steuersatz geeignet festlegen, so dass sich die gewünschten Einnahmen ergeben.

An dieser Stelle ist die *Economic Democracy* im Prinzip bereits verwirklicht. Alles ist so wie bei „Radikal & Schnell“, außer dass sich die Arbeiterselbstverwaltung auf die früheren Aktiengesellschaften beschränkt und ansonsten den privaten Sektor ausspart. Ein Problem muss aber noch gelöst werden: Was machen wir mit all den Leuten, die sich auf ihre regelmäßigen Einnahmen aus Aktien und Wertpapieren zur Aufstockung ihrer Einkommen verlassen haben – besonders die Rentner, die in private Rentenfonds investiert haben?

Diese Menschen werden zu diesem Zeitpunkt ziemlich verzweifelt sein und Hilfe bei der Regierung suchen, weil der Aktienmarkt zusammengebrochen ist und ihr Geldvermögen vernichtet hat. Es gibt aber eine naheliegende Lösung: Die Regierung wird die nachgewiesenen Aktienbestände und Firmenbeteiligungen umtauschen in langfristige Pensionen, die den betreffenden Personen eine lebenslange Rente garantieren. Der Wert des umzutauschenden Wertpapierbündels wird bestimmt anhand des Börsenkurses zu einem bestimmten Stichtag vor dem Börsencrash. Die jährliche Rentenzahlung wird als ein gewisser Prozentsatz aus diesem Wertpapierbündel bestimmt, wobei als Obergrenze das Maximalgehalt im Öffentlichen Dienst Anwendung findet (zurzeit 400 000 Dollar im Jahr). Kurz gesagt: Wir verstaatlichen den börsennotierten Bereich der Wirtschaft mit einer Entschädigungszahlung – und zwar mit einer großzügigen Entschädigung, denn der Börsencrash hat ja die meisten Aktien und Wertpapiere praktisch entwertet. Die sozialistische Regierung rettet also die Einkommen aller Investoren auf den Finanzmärkten, einschließlich der Kapitalisten – bis zu einer (ziemlich großzügigen) Obergrenze.

An diejenigen gewendet, die es unanständig finden, dass die bisherigen Kapitalisten auch in der ED ihren weit über dem Durchschnitt liegenden Lebensstil fortsetzen können sollen (was eine verständliche Reaktion ist), sei betont, dass ein Kapitalist nicht von Natur aus eine unmoralische Person ist, die Bestrafung verdient. Zwar werden viele von ihnen, vielleicht die meisten, ihren Einfluss dafür verwendet haben, den Anbruch einer wirklich demokratischen Gesellschaft zu blockieren, aber die meisten werden ihre Vermögen verdient haben, indem sie sich an die Regeln und Gesetze gehalten haben. Zwar ist zu bedenken, dass viele der Regeln und Gesetze von der Kapitalistenklasse selber geschaffen wurden (mit Hilfe der Politiker, die sie finanziert haben) – aber nicht *alle* Mitglieder dieser Klasse waren daran beteiligt. Die Economic Democracy kann sich eine gewisse Großzügigkeit leisten.

Auch ist daran zu erinnern, dass diese subventionierten Rentenzahlungen nicht endlos andauern, im Gegensatz zu den Kapitaleinkommen im Kapitalismus. Sie hören spätestens mit dem Ableben des Zahlungsempfängers auf. Die Zahlungen gehen nicht auf die Erben über.

Falls jemandem dieser Vorschlag für den „schönen Tod der Kapitalistenklasse“ zu weit hergeholt erscheint, können wir darauf verweisen, dass John

Maynard Keynes den „schönen Tod des Rentiers“ als Folge der immer weiter zunehmenden Kapitalmenge vorhergesagt hat, und dass John Kenneth Galbraith vier Jahrzehnte später den „schönen Tod des Aktionärs“ vorschlug. Der Vorschlag von Galbraith ist dem hier gemachten ganz ähnlich:

<Hier folgen zwei Zitate von J.K. Galbraith, die noch zu übersetzen sind.>

6.3.3 Noch langsamer (und ohne einen finanziellen Zusammenbruch)

Die vorigen zwei Szenarios unterstellten, dass es einen Börsencrash gibt, der eine dramatische Veränderung der Wirtschaft ökonomisch und politisch möglich macht. Wir können uns aber auch einen allmählicheren Übergang vorstellen, der nicht mit einer plötzlichen, massiven Finanzkrise anfängt.

Im Jahr 1976 hat Rudolf Meidner, Chefökonom des größten schwedischen Gewerkschaftsbundes „LO“ und zusammen mit Gosta Rehn der Designer des schwedischen Wohlfahrtsstaats, auf einer Arbeiterversammlung einen Plan vorgestellt, wie die schwedische Arbeiterklasse die Wirtschaft des Landes übernehmen könnte. Der Plan wurde begeistert aufgenommen, das positive Abstimmungsergebnis wurde mit „standing ovations“ und dem Singen der „Internationale“ begrüßt. Der Meidner-Plan war recht einfach. Jede Firma mit mehr als 50 Mitarbeitern sollte jedes Jahr Firmenanteile (Aktien) im Wert von 20% des Jahresgewinns herausgeben. Da die Ausgabe neuer Aktien keine Kosten für die Firma verursacht, gibt es keine Kollision mit den operativen Ausgaben oder den Investitionen. (Die Ausgabe neuer Aktien erhöht nur die Zahl derer, die Anspruch auf den Gewinn anmelden, aus dem die Dividenden gezahlt werden. Das heißt, es bedeutet eine Einkommenseinbuße für die externen Aktionäre.)

Die neuen Aktien sollten einer „Mitarbeiter-Stiftung“ zufließen, die im Gemeinschaftseigentum aller Lohnempfänger wäre. Die Aktien würden nicht gehandelt oder verkauft. Nach ausreichender Zeit – Meidner schätzte etwa 35 Jahre – wäre die Aktienmehrheit der meisten Firmen im Besitz der Stiftung, also im Eigentum der schwedischen Arbeiter und Angestellten. – Die schwedische Kapitalistenklasse war, wie sich denken lässt, entsetzt. Sie startete eine Kampagne, in deren Verlauf die schwedischen Sozialdemokraten, die Schweden seit der Wirtschaftskrise in den 1930ern regiert hatten und die eng mit der „LO“ verbunden waren, abgewählt wurden.

Eine Variante dieses Plans könnte auch von der hier diskutierten linken Regierung angewendet werden, die sich der Einführung der *Economic Democracy* verschrieben hat – vorausgesetzt, die Regierung ist stark genug, um die erforderlichen Gesetze auf den Weg zu bringen, und lange genug im Amt, bis das Ziel erreicht ist. Wenn im Laufe der Zeit mehr und mehr Firmen mehrheitlich im Besitz der Arbeiter sind (d.h. im Eigentum der Arbeiterklasse als Ganzes, vermittelt der Stiftung – also nicht im Eigentum der jeweiligen Mitarbeiter), dann kann die Regierung die restlichen in Privateigentum befindlichen Aktien aufkaufen und die Unternehmen an die Mitarbeiter der Firma übergeben, damit diese die Firma demokratisch betreiben. (Die Dividenden, die im Laufe der Jahre an die Mitarbeiter-Stiftung ausgezahlt werden, könnten für den abschließenden Aktienaufkauf verwendet werden.) Nach der Übernahme durch die Arbeiter würde die Firma keine Dividenden mehr zahlen, sondern stattdessen die *Kapitalsteuer* – quasi als Mietgebühr, die die Mitarbeiter für die Nutzung des von der Gesellschaft zur Verfügung gestellten Firmenkapitals zu zahlen haben. Die weiteren Einrichtungen

der Economic Democracy – das öffentliche Bankensystem zur Platzierung der Investitionsgelder, die privaten oder genossenschaftlichen Sparkassen, und die Arbeitsplätze der Öffentlichen Hand, die als Arbeitgeber der letzten Instanz einspringt – könnten im Laufe der Jahrzehnte, in denen der Übergang zur Demokratie am Arbeitsplatz erfolgt, eingeführt werden.

Wie beim ursprünglichen Meidner-Plan würde die Kapitalistenklasse mit Sicherheit heftigen Widerstand leisten, aber wenn uns die Einführung einer wahren Demokratie gelingt – wer kann das Ende voraussehen? Es sind nicht *immer* die Bösen, die gewinnen.

6.4 Ein neuer Kommunismus?

Hier behauptet David, dass die Economic Democracy – obwohl sie das persönliche Privateigentum bestehen lässt und obwohl sie den Markt, die Ware und das Geld als Mittel der Ökonomie bestehen lässt, bei Licht besehen genau die Ziele verwirklicht, von denen die Kommunisten immer geträumt haben:

- Verringerung des Reichs der Notwendigkeit;
- Vergrößerung des Reichs der Freiheit;
- Überwindung der Armut
- Aufhebung der Klassengesellschaft:
- Absterben der staatlichen Gewalt, da die nicht mehr benötigt wird, um das Privateigentum an Produktionsmitteln gegen die vielen Mittellosen zu verteidigen.

Diese Schlussfolgerung, dass die ED, als „Marktsozialismus“, genau das wäre, was Marx eigentlich immer anstrebte, ist natürlich eine gewagte Hypothese, die innerhalb der Marxisten zunächst auf großen Widerspruch stoßen wird. Es gibt im Internet lebhaft Diskussionen in sozialistischen Kreisen, inwiefern ein „Marktsozialismus“ als Sozialismus oder gar Kommunismus gelten kann oder nicht; Schweickart erwähnt hierzu ein Buch von Bertell Ollmann (Bertell Ollman, ed., *Market Socialism: The Debate among Socialists* (New York: Routledge, 1998).

<Der Text selber muss noch übersetzt werden.>

6.5 Eine neue, andere Welt

<Der Text muss noch übersetzt werden.>

6.5.1 Faszinierende Aussichten

<Der Text muss noch übersetzt werden.>

6.5.2 Was kann ich tun?

<Der Text muss noch übersetzt werden.>

7 Anhang (von Achim): Vergleich der Economic Democracy (ED) mit der Gemeinwohlökonomie (GWÖ)

7.1 Gemeinsamkeiten und Unterschiede, tabellarisch

Die folgende Tabelle ist eine Gegenüberstellung der Economic Democracy (ED) und der Gemeinwohl-Ökonomie (GWÖ) anhand von 16 Kriterien. Es zeigt sich, dass die beiden Modelle in 10 Kriterien stark übereinstimmen und nur in 6 Punkten deutliche Unterschiede aufweisen, nämlich in den Punkten (1) Förderung des Gemeinwohls und der Kooperation

(wo die GWÖ die **Gemeinwohl** einsetzt, während die **ED mehr Vertrauen** in die Genossenschaften und den Markt hat); (2) Wo kommt das Geld für Investitionskredite her? (3) Außenhandels-Beziehungen, (4) Geistige Wurzeln, (5) Ist ein neuer, altruistischer Mensch nötig? (6) Praxis-Erprobung.

	Economic Democracy	Gemeinwohl-Ökonomie	Fazit
Markt, Eigentum	Warenmarkt ja; Beschränkung des Privateigentums an Produktionsmitteln.	Warenmarkt ja; Beschränkung des Privateigentums an Produktionsmitteln.	Übereinstimmung
Finanzmarkt, Börse, Aktiengesellschaften	Abgeschafft	Abgeschafft	Übereinstimmung
Bankwesen	„National Investment Fund“ mit regionalen Filialen	Demokratische Bank mit regionalen Filialen	Übereinstimmung. Es ist ein Kernpunkt sowohl bei ED als auch GWÖ .
Privates Firmeneigentum (große Firmen)	Arbeiter-Selbstverwaltung	Genossenschaften, Mitarbeiterunternehmen, aber auch Eigentum der Gesellschaft	Übereinstimmung (im Prinzip). In der ED ist dies ein Kernpunkt , in der GWÖ weniger.
Kleine Firmen	Dürfen konventionell weitermachen (Lohnarbeit etc.)	Firmen mit weniger als 5000 Mitarbeitern nur teilweise vergesellschaftet	Übereinstimmung (im Prinzip)
Lohnarbeit	Soll weitgehend verschwinden	Das Wort kommt nicht vor (oder?)	Übereinstimmung, aber: ED: Kernpunkt! GWÖ: Weniger klar.
Zins?	Investitionskredite: Zinslos. Privatkredite (Bausparen etc.): Zins ist zulässig.	Zins soll auf 0 fallen. Bank darf nur „Bearbeitungsgebühr“ verlangen.	Übereinstimmung im Prinzip: Zins-einnahmen sollen verschwinden.
Vermögensbegrenzung, Umverteilung	Diverse Maßnahmen gegen große Vermögen.	Diverse Maßnahmen gegen große Vermögen.	Übereinstimmung (im Prinzip)
Einkommensspreizung	Ziel: Ende der Einkommen aus Vermögen. – Reduzierte Spreizung bei Einkommen aus Arbeit.	Ziel: Ende der Einkommen aus Vermögen. – Reduzierte Spreizung bei Einkommen aus Arbeit.	Übereinstimmung (im Prinzip)
Geldreform?	Keine Notwendigkeit dafür.	Kein Schwerpunkt. Regionalgeld wird aber wohlwollend betrachtet.	Übereinstimmung (im Prinzip)

	<i>Economic Democracy</i>	<i>Gemeinwohl-Ökonomie</i>	<i>Fazit</i>
Förderung des Gemeinwohls und der Kooperation	Kreditvergabe durch Regionalbank soll Gemeinwohlaspekte im Auge haben (z.B. Schaffung von Arbeitsplätzen).	Genauere Vorgaben: „Gemeinwohlpunkte“ und Gemeinwohlabilanz anstelle finanzieller Bilanz. Belohnung für Gutverhalten durch die Kunden und die Dem. Bank.	Gleiche Richtung, aber Unterschied: ED: Überlässt es den Firmen und der Bank. GWÖ: Kernpunkt! Zurückdrängen des Finanzgewinns.
Wo kommt das Geld für Investitionskredite her?	„Kapitalsteuer“, von allen Firmen an die Regionalbank abzuführen. – Privates Sparen ist zweitrangig.	Annahme, dass private Spareinlagen ausreichen <small>(wenn ich es richtig verstanden habe).</small>	Unterschied: ED: Spareinlagen durch Besteuerung. GWÖ: Unklar.
Außenhandels-Beziehungen	„Socialist protectionism“: Zölle; Verwendung der Einnahmen zur Entwicklungshilfe	(Keine Angaben)	Unterschied: ED hat eine Lösung; GWÖ hat sich nicht geäußert.
Geistige Wurzeln	D.S. sieht die ED als Folgerung aus dem Historischen Materialismus (Marx) und 100 Jahren Sozialismus-Versuchen.	Chr. Felber geht von „neuen Werten“ aus, vom Spirituellen, von Kommunikation und Tanz.	Unterschied: ED: „Das Kapital, Band 4“ ? GWÖ: Geht von „neuen Werten“ aus.
Neuer, altruistischer Mensch nötig?	Nein – David betont, dass wir keinen neuen Altruismus brauchen: Im Gegenteil: Der Normalmensch soll sein Bedürfnis nach Wohlstand und Freizeit gegen seine Ausbeuter durchsetzen	Ja – Christian meint, der Mensch ist durch den Kapitalismus verdorben und muss sein Bedürfnis nach Kooperation und „gelingenden Beziehungen“ zur Geltung bringen.	Unterschied
Praxis-Erprobung	D.S. sieht den Genossenschaftsverbund Mondragon im Baskenland als real existierendes Beispiel für eine ED im Kleinen. Weitere Beispiele siehe sein Buch.	ca. 400 Pionier-Firmen inklusive der Sparda-Bank München e.G. haben sich bereits der GWÖ-Initiative angeschlossen	Unterschiedlicher Umsetzungsweg

¹ Paul Krugman, The Return of Depression Economics and the Crisis of 2008 (New York: W.W. Norton, 2009), p. 14.

² Joseph Stiglitz, „America’s Socialism for the Rich,“ Berkeley Electronic Press (June 2009).

³ Dieses Bild stammt aus der Aufzeichnung einer Vorlesung vom 8. Oktober 2008, gehalten von Ökonom Richard Wolff, im Internet auf <http://tinyurl.com/3pthrx>.